

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 428

24.Juli 1997

Pfoten weg von der Interim!

Am 12.6. 1997, fast auf den Tag genau 2 Jahre nach den bundesweiten Durchsuchungen hauptsächlich gegen angebliche Macherinnen der radikal, schwärmten die Herren des Morgengrauens wieder aus. Insgesamt 500 Polizisten durchsuchten in Berlin etliche Wohnungen, 2 Druckereien und die Büroräume der Antirassistischen Initiative. Der in den Durchsuchungsbeschlüssen formulierte Vorwurf „Belohnung und Billigung von Straftaten" richtet sich gegen 12 Personen, die an Herstellung und Vertrieb der Berliner Wochenzeitung Interim beteiligt sein sollen. Diese von den Medien gierig aufgenommene Durchsuchungsaktion, die Beschlagnahme von Bergen von Material und die Einleitung von Ermittlungsverfahren ist die bislang heftigste Aktion der Staatsmacht gegen diese Zeitung. Seit nunmehr 9 Jahren veröffentlicht die Interim Infos, Aufrufe, Diskussionspapiere und Erklärungen der verschiedensten Gruppen aus den unterschiedlichsten Bereichen der autonomen Linken, sie ist damit wichtiger Bestandteil einer bundesweiten und manchmal internationalen Informations- und Diskussionsstruktur. Gerade jetzt, wo sich gesellschaftliche Widersprüche massiv zuspitzen, wo sich Lebensbedingungen überall verschärfen und wir nach Lösungsansätzen suchen, brauchen wir die Möglichkeit für einen ungehinderten Austausch.

Wir kennen, lesen und verteilen die Interim seit vielen Jahren. Wir nutzen diese Zeitung auch zur Veröffentlichung unserer Diskussionen und Aktionen, das soll auch so bleiben! Logisch, daß die Herrschenden immer wieder versuchen werden, die vielfältige Kritik an ihrem System zu behindern, zu verbieten oder zu kriminalisieren, aber wir werden auch immer wieder passende Antworten darauf finden. Vor allem werden wir aber nicht aufhören, über ein besseres Leben nachzudenken, zu diskutieren und in unseren Zeitungen darüber zu schreiben.

Wir erklären uns hiermit solidarisch mit den Betroffenen, fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren und die sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände!

- Die Interim erscheint ungehindert, sonst werden wir sauer!

- Schluß mit der Kriminalisierung der radikal!

- Für eine unzensierte, linke Widerstandspresse!

- Für freie Diskussion und vielfältigen Widerstand!

Infoladen Trier, Avanti Popolo (Hochschulgruppe)

Best of '97



Nachdem in Berlin am 12.Juni Projekte und Häuser durchsucht und einzelne mit dem Vorwurf an der Herstellung und dem Vertrieb der Interim (wöchentliches Berlin-Info) mitgewirkt zu haben, eingeschüchtert und kriminalisiert werden sollen, ist es Mitte August soweit: Authentische Diskussionen '97 via Interim - kompakt zusammengefaßt und in mehr oder minder verdaulichen Häppchen nett angerichtet und slightely moderiert. Kein wühlen durch alte Nummern - alles in einem Heft! Der schwarz/rote Faden zieht sich durch:

★Castor, ★Soziale Frage, ★Innenstadtaktion, ★Sexualitätsdebatte, ★ 1.Mai

ca 56 Seiten, 4-5DM (auswärts dito), 30% Buchhandelsrabatt. Bestelladresse: Interim „Best of"!!, Gneisenaustr. 2a , 10961 Berlin

belohnen & billigen...

VORWORT:

Unser Briefkasten ist diese Woche förmlich übergelaufen. Das sehe sehen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mit einem weinenden Auge weil wir viele, durchaus spannende Beiträge in die ser Ausgabe nicht bringen konnten, andererseits hatten wir dadurch Auswahl für eine weitere prima Ausgabe des Vereinsblattes.. Drin ist zuallererst in eigener Sache der Aufruf zur Solidarität mit dem Hamburger Buchladen in der Osterstraße, der am 12.August einen Prozeß wegen Verkaufs der Interim Nr. 399 vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin hat.Außer aktuellen Infos und Demoaufrufen zu Antifa und Anti-AKW/Castor ist die Diskussion über sozialrevolutionäre bzw. militante Perspektiven linksradikaler Politik Schwerpunkt dieser Ausgabe. Ganz besonders gefällt uns je doch der Text von Giulietta zur anlässlich der Love-Parade entstandenen - in WGs und am Tresen schon viel länger geführten - Diskussion über Techno. Stellt er doch die platten Kritiken an der ach so lustfeindlichen Linken berechtigterweise in Frage und hinterfragt das angeblich subversive/politische des Techno. Daß die Linke aktuell wenig kulturelle Ausstrahlung hat steht auf einem anderen Blatt, könnte aber im Verlauf einer Debatte über linke Kultur und Kultur-Kritik vielleicht noch erhellt werden... Bis das endgültig geklärt ist findet in der Zwischenzeit schon mal ein linkes kulturelles Ereignis mit hoher Anziehungskraft und enormem Spaßfaktor am Samstag im SO36 statt...:der Interim-Presse ball, den wir unserer geneigten Leserinnenschaft ganz besonders ans Herz legen wollen.In diesen turbulenten Zeiten mal wieder ein bißchen Amüsement, noch dazu für einen guten Zweck:unsere Zeitung!!! Also, nix wie in die Verkleidungen für den Maskenball gesprungen, den Coupon (siehe unten)ausgeschnitten und auf zur Party um dort einen Begrüßungssekt/saft zu trinken.
Wir sehen uns beim Eröffnungswalzer!!!!

Zur Information: die ANtifaschistischen NAchrichten Saar haben ihre Produktion eingestellt.



Inhalt:

mpressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:

1. Mai mit Zivis?

PROZESS GEGEN BUCHLADEN IN DER OSTERSTRASSE

"--- Die deutschen Censoren---------------

-----------------Dummköpfe-----------------"

Mit diesen ironischen Auslassungszeichen kommentierte Heinich Heine 1827 die Aktivitäten des "Preußischen Zensurkollegiums".
Dieses Gremium existiert heute nicht mehr, auch ist Zensur offiziell abgeschafft; das bedeutet aber nicht, daß es sie nicht mehr gibt.

Polizei und Staaatsanwaltschaften gehen auch 170 Jahre später mit penetranter Regelmäßigkeit gegen linke Medien und Buch- oder Infoläden vor. Die Anlässe und Vorwände wechseln, aber immer ist das Ziel, unliebsame Veröffentlichungen und freie Diskussionen zu unterbinden:
In den 50er Jahren wurden Zeitungen der illegalisierten KPD verboten, in den 60er Jahren traf es Veröffentlichungen der Studentenbewegung, in den 70er Jahren waren die Infoblättter dran, unter anderem mehrmals die Zeitschrift *radikal*. 1995 wurden erneut Buchläden wegen der *radikal* durchsucht. Einige der angeblichen HerausgeberInnen der Zeitschrift wurden eingeknastet. Aber nicht zuletzt die breite Solidarität mit den vom *radikal*-Verfahren Betroffenen führte dazu, daß dieses mit jahrelangen Observationen und Lauschangriffen groß aufgezogene Verfahren derzeit juristisch von einem "Terroristenprozeß" zu einem Verfahren minderer Bedeutung schrumpft.

Am 13. 2. 97 wurde in Hamburg der **Buchladen in der Osterstraße** und die Wohnung eines der zwei GeschäftsführerInnen vom Landeskriminalamt durchsucht. Gesucht wurden Exemplare der *Interim* Nr. 399, sowie Lieferscheine und Rechnungen, die Auskunft über die Lieferanten der *Interim* geben. Im April bekamen die beiden Beschuldigten jeweils einen Strafbefehl über DM 3200.-. Nachdem dagegen Widerspruch eingelegt wurde, ist eine **Hauptverhandlung** für den **12.8.97** vor dem **Amtsgericht Tiergarten** in Berlin terminiert worden.

Im Juni 97 holte der Berliner Innensenator - im Zuge der politischen Bestrebung, Berlin zu einer "sauberen" Hauptstadt zu machen, zu einem großen Schlag gegen die seit zehn Jahren in Berlin erscheinende *Interim* aus. Mit bombastischen Aufand von 500 Polizisten und Staatsschützern wurden Anfang Juni ein Dutzend Wohnungen und eine Druckerei durchsucht, und mehrere Personen vorläufig festgenommen. Die Vorwürfe sind juristisch gesehen eher geringfügig: es geht um "Billigung oder Aufforderung zu Straftaten", weil in der *Interim* u.a. Erklärungen zu Anschlägen abgedruckt und diskutiert wurden.
So wurden in einer inkrimierten Nummer mit dem Schwerpunkt Stadtentwicklung neben Beiträgen zu Städtebau in Berlin und Europa, feministischer Kritik an Wohnungspolitik, Migration, Castor-Tranporten auch eine Bastelanleitunge zur Herstellung von Brandsätzen und ein BekennerInnen-schreiben zu einem Brandanschlag veröffentlicht.

Die Gerichtsverhandlung am 12.8.97 gegen die GeschäftsführerInnen des Buchladens in der Osterstraße ist der erste Prozeß, der sich gegen den Verkauf der *Interim* richtet. Mit ihm wird versucht, die staatlichen Zensurabsichten durchzusetzen: BuchhändlerInnen sollen gezwungen werden, sämtliche Bücher und Zeitschriften so zu lesen, daß sie strafrechtlich relevante Äußerungen erkennen und die betreffenden Publikationen aus dem Verkehr ziehen: Selbstzensur ist erwünscht - bei Verweigerung flattert der Strafbefehl.

Dies ist der erste Prozeß wegen Vertrieb der *Interim*. Mit einer Verurteilung soll für weitere Verfahren gegen Buch- und Infoläden der Boden bereitet werden. Außerdem soll im Rahmen dieses Verfahrens eine juristische Handhabe gegen die angeblichen RedakteurInnen und DruckerInnen der *Interim* hergestellt werden. Daher ist der an sich eher kleine Prozeß von größerer Bedeutung. Bisher ist die *Interim* als Zeitschrift nicht verboten; ermittelt wurde wegen einzelner Beiträge in einzelnen Ausgaben. Niemand, der/die sie vertreibt, kann bisher allein schon deshalb belangt werden.

Es geht in diesem Prozeß gegen Zeitschrift und Buchhandel um politische Gesinnung. Verfolgt werden Schriften, die praktische Konsequenzen haben können. Gedanken, die nicht nur ausgesprochen, sondern auch ausgeführt werden, weil sie aufklären, weil sie die Möglichkeit zum Widerstand aufzeigen und damit Bereitschaft zum Handeln wecken.
Linke Verlage und Buchläden haben es seit ihren Anfängen Ende der 60er Jahre geschafft, dieMeinungs- und Informationsmonopole dieser Gesellschaft zu unterlaufen. Sie sind Gegenöffentlichkeit:
Wir linke Hamburger Buchprojekte stellen klar, daß wir eine Beschränkung von Gegenöffentlichkeit nicht hinnehmen werden. In den Massenmedien, aber auch in den Programmen etablierter Verlage und in den Sortimenten bürgerlichen Buchhandels war und ist diese kaum zu finden. Berichte und Meinungen von Gruppen und Individuen, die das herrschende Gesellschaftssystem von links kritisieren, sind allen Interessierten zugänglich zu machen.
Wir erklären uns solidarisch mit dem Buchläden in der Osterstraße und all denen, gegen die nun in Berlin wegen der *Interim* vorgegangen wird.
Wir werden über den aktuellen Stand des Verfahrens weiter informieren.

Praktische Möglichkeiten der Solidarität:
- Bücher generell bei linken Buch- und Infoläden kaufen oder bestellen: Je ökonomisch sicherer die Projekte sind, desto stärker können sie politisch sein.
- Die *Interim* oder auch andere kriminalisierte Zeitschriften lesen, diskutieren und kritisieren, und vielleicht selbst weiterverbreiten
- Für die Prozeßkosten Geld auf das Spendenkonto einzahlen

Spendenkonto : **Sonderkonto R**
Postbank Hamburg 200 100 20 **Kto.-Nr. 3915 03 - 203**

Termin: **12. August 1997 10.00 Uhr**
Amtsgericht Tiergarten
Turmstr. 91
2. Stock, Zimmer 571
Berlin

Kontaktadresse: **Buchladen in der Osterstaße** **Tel. 4919560**

Cafe & Buch, Karoviertel ★ Buchhandlung im Schanzenviertel ★ Buchhandlung Nautilus ★ Buchhandlung Seitenweise, Hamm ★ Verlag Libertäre Assoziationen ★ Buchladen in Osterstraße Schwarzmarkt Infoladen

V.i.S.d.P. : Roswitha Büttner, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel

POTSDAMER RÄUMUNGSTANGO - Dortustraße 5

Potsdams Stadtverwaltung hat ein Ziel vor Augen: alle Anstrengung verwendet sie darauf Potsdam neben Berlin in einen Konsumtempel zu verwandeln. Die Erfolge können sich sehen lassen: geräumte Häuser, luxussanierte Villen, umstrukturierte Innenstadt.

Am 1. Juli rückten gegen 5.30 Uhr SEK Einheiten an um den seit ca zwei Wochen vorliegenden Räumungstitel durchzusetzen. In Anwesenheit von OB GRAMLICH (SPD) und Jugenddezernet Jakobs wurde die Eingangstür aufgebrochen, die BewohnerInnen festgenommen und ED-behandelt. Der Bereich Dortustr. wurde von der Polizei weiträumig abgesperrt; Platzverweise wurden gleich dutzendfach ausgesprochen. Das Eigentum der BesetzerInnen wurde mit der Begründung, es könne sich um Diebesgut handeln, beschlagnahmt. Als Räumungsgrund führte die Stadtverwaltung die angebliche Seuchengefahr im Haus an. In den folgenden Tagen blieb SEK in der Innenstadt präsent, um gegen BesetzerInnen und andere Jugendliche vorgehen zu können. Das Haus Dortustr.5 war seit mehr als fünf Jahren besetzt. Neben Wohnraum bot es eine Kneipe für Konzerte und Veranstaltungen. Mit der Dortustr. fällt eines der letzten Zentren für nicht-kommerzielle Kultur und Kommunikation in Potsdam weg. Diese Räumung ist auch Ausdruck eines Umgestaltungsprozeßes der Potsdamer Innenstadt. Lebensmittelläden müssen einer Vielzahl von Kneipen, teuren Klamottenläden und Yuppieschuppen weichen. Die Mieten in der Innenstadt sind unbezahlbar geworden,die Immobilienspekulation floriert. Geschäftsinhaber der Innenstadt haben sich ähnlich wie in anderen Städten zusammengeschlossen um im Interesse des Profits von der Stadt ein "sauberes" Einkaufsklima zu schaffen. Besonders hinderlich hierfür sind BettlerInnen, Punks und SprayerInnen die ihren Treffpunkt auf der Einkaufsmeile Potsdams, der Brandenburgerstr. haben.Schon fordert eine Art Innenstadt AG ein Vertreibungskonzept für die genannten Gruppen. Noch ist in Potsdam kein öffentlicher Platz privatisiert noch herrschen keine schwarzen Sheriffs in der Innenstadt. Noch. Demgegenüber zeigt sich Potsdams Szene politisch eher indifferent Zwar gab es am Sonntag nach der Räumung eine Demostration und auch die BesetzerInnen Tage suchten das Thema ins Bewußtsein zu rücken. Jedoch wurde dabei im Sinn des Wortes nur vor dem eigenen Haus gekehrt. Die Demo thematisierte lediglich die Räumung - ohne einen Kontext zum o.g. herzustellen. Angesichts von Beliebigkeit und Auflösungserscheinungen der Szene in Potsdam ist Widerstand gegen zukünftige Räumungen und eine Vertreibungspoltik kaum zu erwarten.

A.M.

RÄUMUNG? - NIX DA!!

Die Glasmeisterstraße 13 ist ein seit 6 Jahren besetztes Haus in Potsdam Babelsberg. Am Dienstag, den 8.7.97 erhielten die BewohnerInnen vom Anwalt der Besitzerin einen Brief, in dem sie aufgefordert wurden, das Haus innerhalb einer Woche zu verlassen. Am Montag, 14.7.97, endet die vorläufige Duldung. Von diesem Zeitpunkt an, ist jederzeit mit einer Räumung zu rechnen.
Nachdem bereits am 1. Juli die Dortustr.5 und am 7.7. die untere Etage der Schollstr. 48 geräumt wurden, ist dieses Haus vermutlich das nächste das dem Sicherheits- und Ordnungswahn der BUGA zum Opfer fallen wird.
Kommt am Montag 14.7.97 ab 18.00 Uhr zum gemeinsamen Grillen. Alle sind herzlich eingeladen und unaufgefordert Grillbares mitzubringen.



ANGRILLEN - WEITER GRILLEN - EIN HEIßER SOMMER!!!

Wir nehmen die Zerstörung unseres Wohnraumes nicht länger hin.

Neues aus der Nacht ----

------- Zu den Verhaftungen in Friedrichshain

Ein Senator dreht durch ------

Die Ernennung von General Schönbohm zum Innensenator Berlins setzte ein unübersehbares Zeichen für den Umgang mit politischen und sozialen Problemen dieser Stadt. Ein Senator, der als überzeugter Militarist nur in der Lage ist, in den Kategorien von Tod und Vernichtung zu denken, verwechselt die Komplexität sozialer Probleme mit einem militärischen Schlachtfeld. Berlin soll in eine saubere Reichshauptstadt umgewandelt werden, in der sich Bonzen und PolitikerInnen wohl fühlen und ungestört darstellen können.

HausbesetzerInnen, AntifaschistInnen, Flüchtlinge, militante Tier- und UmweltschützerInnen, Schwule, Lesben, SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose ... die nicht bereit sind, sich mit ihrer Situation als naturgegebenem Schicksal abzufinden, und entschlossenen Widerstand gegen die Politik der Herrschenden leisten, bilden ein Störpotential für die reaktionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser Stadt. Insofern ist es nur logisch, wenn nach dem Motto verfahren wird: Wer sich wehrt, kriegt auf's Maul. Der gezielte Bullenangriff auf die revolutionären 1. Mai-Demonstrationen und die Menschenjagd am gleichen Abend in Kreuzberg müssen als mißlungener Versuch des Staatsapparates gewertet werden, die linke Szene einzuschüchtern und zu zerschlagen.

Die Bullen ----- und der Kiez

Der Bezirk Friedrichshain dient als Experimentierfeld polizeistaatlicher Strategien mit dem Ziel, den linken Widerstand zu brechen. Alles, was nach Szene aussieht oder von den Bullen dafür gehalten wird, wird ohne Vorwarnung und konkreten Anlaß schikaniert und terrorisiert. Ausweiskontrollen, willkürliche Festnahmen, absurde Auslegungen der Straßenverkehrsordnung sind an der Tagesordnung und gehören zur Alltagserfahrung politisch engagierter Menschen.

Die permanente Drohung mit der Räumung weiterer besetzter Häuser soll die Bewegung zum Wohlverhalten und Kuschen veranlassen.

Die historische Erfahrung zeigt, daß selbstbestimmte Freiräume nur durch aktiven Widerstand und nicht durch Nutzungsverträge von Senats Gnaden oder Gerichtsprozesse erreicht werden können.

Die Repression richtet sich gezielt gegen Leute, denen unterstellt wird, daß sie in das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht integrierbar sind und sich nicht das Recht nehmen lassen, für selbstbestimmte und herrschaftsfreie Verhältnisse zu kämpfen.

---- Kriminal Tango

Ein aktueller Fall polizeistaatlicher Willkür in Friedrichshain stellt die Verhaftung von Gunnar, Eva und Justus in der Nach vom 4. zum 5. Mai 1997 dar: Die drei wurden beschuldigt, einen Bagger in Brand gesetzt und Scheiben bei der WBF (Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain) eingeschmissen zu haben. Obwohl kein zeitlicher oder räumlicher Zusammenhang zur angeblichen Tat bestand, fuhren sie ein. Der Staatsschutz benötigte drei Wochen, bis er zugeben mußte, daß sein Konstrukt nicht aufrecht zu erhalten war. Um einer völligen Niederlage zu entgehen, reduzierte die Staatsanwaltschaft den Tatvorwurf auf einen angeblichen Verstoß gegen das Waffengesetz.

Nach dem Haftprüfungstermin am 28. Mai wurden Eva und Justus auf der Grundlage von schikanösen Meldeauflagen vorläufig entlassen. Gunnar muß weiter im Knast bleiben. Bei ihm werden drei verschiedene Verfahren aus den letzten Jahren, die allesamt absurde Tatvorwürfe enthalten (darunter eine Festnahme auf der Anti-Siemens-Demo im Februar diesen Jahres), zusammengezogen zu einer heftigen Knastandrohung!

Alle drei Leute erhalten fragwürdige Beschuldigungen mit überzogenen Strafandrohungen, weil sie der linksradikalen Szene angehören und nicht, weil ihnen der Staatsschutzunsinn nachgewiesen werden kann.

Das Prinzip ----------

Die Kriminalisierung von politischen Menschen ist willkürlich und kann jede und jeden treffen. Deshalb ist es besonders wichtig, daß die Repression gegen Gunnar, Eva und Justus nicht als polizeistaatlicher Normalzustand hingenommen, sondern als Versuch der Disziplinierung und Einschüchterung der gesamten linken Szene begriffen wird. Es sollte durch kraftvolle Aktionen deutlich gemacht werden, daß trotz politischer Meinungsverschiedenheiten und persönlicher Animositäten ein staatsterroristischer Angriff auf AntifaschistInnen als Übergriff und Provokation auf das gesamte linksradikale Spektrum empfunden wird. Die Androhung von Repression wird nur dann zurückgekämpft werden, wenn wir unsere berechtigte Wut und Empörung auch zum Ausdruck bringen.

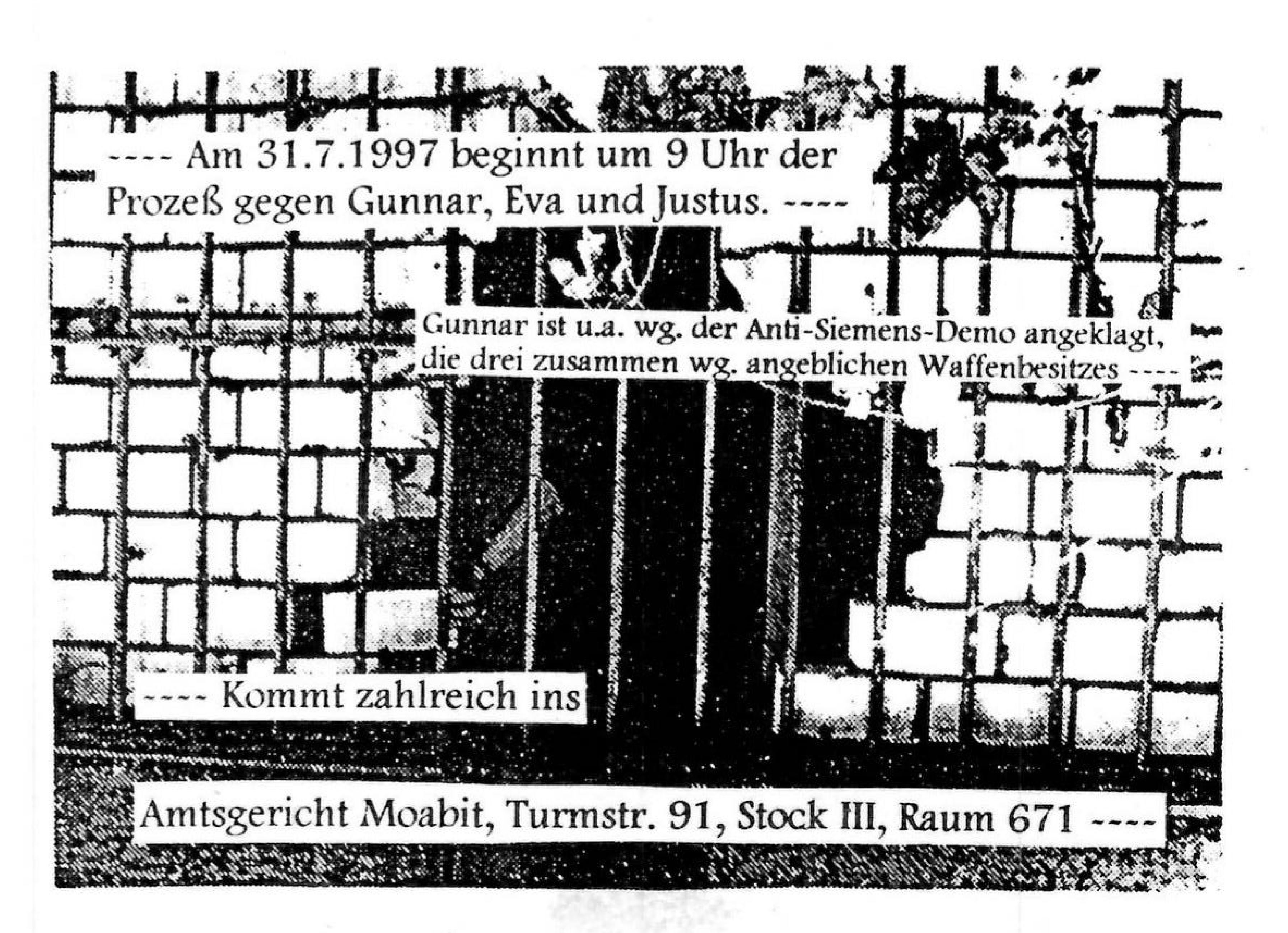
Die häufig geäußerten Ansichten „Die sind ja nur eingefahren, weil sie doof sind" oder „Wer mit Dreadlocks rumläuft, ist selber schuld" sind wenig hilfreich, um eine notwendige Solidarität zu entwickeln. Die Intensität der Bullenangriffe ist auch davon abhängig, wie stark und glaubwürdig unser Widerstand dagegen ist. Gunnar droht jetzt Knast, einzig und allein aufgrund von Lügenversionen der Bullen! Die Botschaft ist klar: Wer auf Demos offensiv auftritt und sich von den Bullen nicht alles gefallen läßt, muß damit rechnen, daß seine soziale Existenz durch gezielte Denunziationen der Bullen bei Vermieter, Arbeitgeber, Eltern etc. kaputt gemacht wird.

Der Justiz und den Bullen darf nicht gestattet werden, Gunnar aufgrund seiner politischen Identität und Praxis in den Knast zu schicken. Wir fordern Euch alle auf, die Repression gegen Gunnar, Eva und Justus öffentlich zu machen und Ideen und Aktionen zu entwickeln, wie dieser neuerliche Repressionsversuch abgewehrt werden kann.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON GUNNAR!

POWER DURCH DIE MAUER, BIS SIE BRICHT!

KAMPF DEM BULLENTERROR!



Gunnar freut sich über Post: Gunnar Krüger, Buch-Nr.: 2109/97-7, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin.

Sauer macht lustig!

Der Text, auf den ich mich beziehe, wurde von der beatagentur in der Interim Nr. 427 vom 10.7.97 veröffentlicht und kritisiert diejenigen, die ihren Protest gegen die total durchkommerzialisierte Love-Parade in einer antikommerziellen gegen-Kultur-Veranstaltung namens „Hate-Parade" artikulieren wollten. Die Kritik wird im Namen eines eigenen Vorschlags geäußert, nämlich an einem Gegenumzug teilzunehmen, der sich gegen drei verschiedene Ziele richtet, die Kommerzialisierung der Love-Parade, die Schließung des Bunkers und dem Ausverkauf des Scheunenviertels. (Die TAZ vom 14.7. findet für diesen Gegenumzug, der am 12.7. tatsächlich stattgefunden hat, bissige Worte: „Der Haß (...) ist unter seiner Kappe nicht nur ein Hedonist, er ist auch vom gleichen Stamm." Für Sonnenschein im Herzen oder gegen Kommerz, egal was draufsteht, die Praxis ist die gleiche.)

Die Kritik

Anhaltspunkte der Kritik der beatagentur am Hate-Parade-Aufruf sind: 1. daß die gealterte 'Linke' (nie werde ich aufhören, zu fragen, wer das eigentlich sein soll ...!!) sich von der neuen 'Bewegung', als die die beatagentur-Leute die Techno-Szene ausmachen, abgehängt fühlt, nicht versteht, was da abgeht und deshalb herummäkelt, 2. daß die alten 'Linken' sämtlich selber rauchen (= am Kommerz hängen), 3. daß ihre Kritik in letzter Konsequenz auch Rockkonzerte treffen müßte, da sie sich auf Feiern 'in diesen Verhältnissen' schlechthin beziehe, 4. daß die 'Linke' (ha!) in Deutschland nix von Kultur versteht und z. B. den Musikstil Underground nicht kompetent gegen Integration in den Kommerz verteidigt hat (= Nicht-Verhalten) und schließlich 5. mit dem inkompetenten Gleichsetzen von Techno-Musik mit Technik - Industrie - Kapitalismus. Der Schluß: Linke Kulturkritik nähert sich rechter Ideologie. Im Titel werfen die beatagentur-Leute den Hate-Parade-VertreterInnen auch noch Verkrampftheit vor, was darauf hinweist, daß die beatagentur - wie unser Bundespräsident - für 'Unverkrampftheit' plädiert.

Subversion?

Meine Kritik an dieser Kritik richtet sich selbstverständlich nicht gegen die Schlauheit der auf den Höhenkämmen der aktuellen Kultur surfenden beatagentur-Leute. Sie richtet sich dagegen, daß die GenossInnen es sich verflucht leicht machen, indem sie die von ihnen angetippten schlauen Gedanken nicht zuende denken. Ihr Standpunkt, obwohl mit aufgeblasenen Backen vorgetragen, ist nämlich um keinen Deut weniger hilflos als der der Hate-Parade-InitiatorInnen: Wer die kapitalistische Formbestimmtheit eines ansonsten 'reinen' Inhalts Kultur, hier Techno, kritisiert, und wer glaubt, diesen Inhalt protestierend zurückgewinnen zu können, ohne sich dabei Rechenschaft über den Inhalt dieses Inhalts abzulegen, nämlich darüber, was Techno denn an Befreiungspotential zu bieten hätte, der *muß* scheitern. Daß Techno - wie Himbeereis und Sex - Lust verursacht, ist noch kein subversiver Inhalt. Auch daß Techno - wie Bommerlunder - Rausch verursachen kann, steht noch nicht für Subversion. Also, was reklamieren die beatagentur-Leute eigentlich im Namen welcher Perspektive, wenn sie Techno vor den gegenkulturellen TechnokritikerInnen verteidigen? Und wieso verkrampfen sie sich eigentlich so sehr angesichts des kleinen Wörtchens „Haß"? Als ich am Samstag die Fernseh-Feier des gratis-Sexismus von umsonst und draußen präsentierten Ärschen und Brüsten und wieder Ärschen und wieder Brüsten und gelegentlich mal einem dekorativen Schwanz gesehen habe, da hab' ich schon so etwas in dieser Art empfunden.

Subversion!

Würde Techno die Assoziation der Verschieden- und Andersartigen befördern, hätte Techno auch subversive Kraft. Würde Techno eine Art von Lust gewähren, die tatsächlich die Grenzen berührte, mit denen im heutigen, ultramodernen Kapitalismus säuberlich die Einschließung der Jungen, Schönen, Leistungsbereiten, Verwertbaren und die Ausschließung der Fremden, der Alten, Schwachen, Kranken, derer, die nicht 'unverkrampft' sind, organisiert wird, ja dann ...

Politik der Gleichschaltung

Es wäre ja auch alles gar nicht so ärgerlich, wenn Techno nicht 'politisch' daherkäme. Wenn die jungen RaverInnen sich einfach auf der gleichen Ebene wie die sonstigen KonsumentInnen von Pop schlicht amüsieren würden. Dann wäre Techno einfach eine weitere Form von Konsum, wie das Rauchen und Berliner Weiße Trinken, in die Badeanstalt gehen, etc. Kein Problem! Auch dies geschieht massenhaft, und niemand, auch nicht 'die Linke' regt sich eigens darüber auf. Das Problematische, das Widerliche, das Unverdauliche an dieser „Bewegung" ist aber für mich, daß sie sich als 'politisch' darstellt, daß sie behauptet, den öffentlichen Raum als öffentlichen Raum mit Öffentlichkeit zu erfüllen. Was soll das für eine 'politische' 'Öffentlichkeit' sein, die ohne Vermittlung, ohne Auseinandersetzung, nur durch einen zentral durchgerechneten Beat gesteuert eine Verschmelzung („love") in Aussicht stellt, die jede anstrengende Aufmerksamkeit gegenüber den konkreten Anderen überflüssig zu machen verspricht? Sie artikuliert sich in paramilitärischer Sprache („Parade" - selbst der rheinische Karneval hält keine 'Paraden' ab, sondern 'Umzüge') und soll im nächsten Jahr auf allen fünf Kontinenten stattfinden. Ein Beitrag zur Monokulturalisierung dieses Planeten. Die der Love-Parade eher günstig gestimmte TAZ zitiert eine junge Frau mit der Äußerung: „Daß es um nichts geht, ist eigentlich das Politische." Na herzlichen Glückwunsch! Das ist dann im wahrsten Sinn des Wortes eine - wenn auch hübsch bunte - gleichgeschaltete Öffentlichkeit. Ein großes Come-together von lauter Monaden, die sich wechselseitig als Verstärker benutzen, dabei aber überhaupt nichts *miteinander* machen: keine Auseinandersetzung, kein Streit, keine Frage, kein Gegenstand. Die Love-Parade ist das für den neoliberalen Kapitalismus vollständig passende 'Opium' des jüngeren Teils 'des Volkes'.

Surrogat für Befreiung und Assoziation. Wenn Ihr, beatagentur-Leute, einen Kampf um kulturelle Hegemonie führen wollt, dann müßt Ihr Euch erst mal fragen, für *was* denn Eurer Meinung nach *wer* diese Hegemonie erlangen sollte. Kurz: Ihr solltet Euch fragen, was eigentlich, außer unverkrampft und cool-Sein, Ihr wollt!

Giulietta



„Wenn ich hier tanzen darf, ist das meine RAVEOLUTION"

++++++ Euphorische Anmerkungen zur Hate-Parade ++++++

Nun sind sie vorbei, die Love- und Hate-Parades des 12. Juli, und auch in den linken WGs, die zähneknirschend Party-Besuch aus anderen Städten bei sich duldeten, geht der geruhsame Szene-Alltag der Sommerpause weiter. Nur zum Interim-Holen alle zwei Wochen wird noch ins Ex gegangen, ist ja sowieso tagsüber immer dicht.

Diejenigen, die sich am 12. Juli nicht mit einem Stapel Quetschenpaua-Kassetten verbarrikadiert haben, sondern - dem alten Motto treu geblieben - und „Raus auf die Straße" sind, konnten sich sowohl von dem emanzipatorischen Gehalts des unverkrampften Originals an der Siegessäule als auch von der alternativen Kopie im In-Kiez von Berlin-Mitte überzeugen. Aber was machen die, die nicht da waren? Z.B. B.Z. lesen, da hat kulturpessimist in vielen bunten Bildern und Schüttelreimen erfahren können, was los war in der Hauptstadt der Jugend-Bewegung. Alle anderen lesen Interim.

Im Vorfeld war viel geschrieben worden. Die großmäuligen Ankündigungen von Punks (Chaos-Tage in Berlin) und Autonomen (gezielte Angriffe auf ...?) zur Love-Parade fielen erwartungsgemäß ins Wasser, weshalb die Berliner Polizei auch nur mit knapp über 1000 Bullen präsent war. Sie sind folgerichtig nicht der Rede wert. Plädoyiert wurde aber auch für eine Teilnahme an der Hate-Parade des DJ Trauma XP, um den „Kampf um kulturelle Hegemonie" ernstzunehmen. Dafür wurden viele schlaue Argumente gefunden, und die klangen dann in zumindest meinen Ohren gar nicht so stumpf und dumpf, wie das Techno-Wummern sonst immer geklungen hatte. Die Musik ist gut, aber die Autonomen noch nicht so weit? Nein, spätestens seit radical rave hat sich das Wissen, das Techno nicht „an sich" böse ist, dumm macht, usw. auch bei uns herumgesprochen - trotz Tod und Mordschlag.

So machten sich die undogmatischen Autonomen also auf den beschwerlichen Weg von Ravenix nach Ravewatt und die meisten hatten schon bei der Wahl einer anlaßangemessenen Kleidung große Probleme. Hate-Parade ohne Haßkappe? Das leuchtete noch ein, aber so ganz ohne schwarzes T-Shirt wollten viele dann doch nicht „raven". So ging Durchschnittsautonömchen also zum ersten Mal im Leben auf ein Techno-Spektakel ... und blieb skeptisch. Aber die Hoffnung auf ein bißchen kulturelle Hegemonie / Randale / Szenetratsch (Nichtszutreffendes bitte streichen) hatte sich schnell in Beats aufgelöst. Denn schon bei den ersten Metern vor dem Bunker leitete der erste Redebeitrag mit einem postmodernen (?) „Hallo Ihr Schwanzlutscher!" zum ersten Techno-Inferno über. Bis zum Schluß der Parade blieb dann Zeit, sich über dieses Statement Gedanken zu machen. War das eine Bemerkung „gegen die Kommerzialisierung von Techno"? Oder gegen die „Schließung des Bunkers?" Auch die hoffnungslos besoffenen Punks, die sich während der Hate-Parade mottogerecht gegenseitig auf die Fresse hauten, halfen da nicht weiter. Chaos-Tage, na klar.

Auf dem Weg durch das Scheunenviertel, gegen dessen Ausverkauf getanzt werden sollte, gesellten sich Schaulustige und andere unverkrampfte AusverkäuferInnen dazu, und so kam es zu einer echten Premiere: der nicht mal besonders laut skandierte Spruch „Leute laßt das Glotzen sein" zog besonders am Schluß der Veranstaltung zusehends Interesse an. Dort tanzten ausgelassene junge Leute zu dem Slogan „Fuck Commertial Love" und bekamen immer wieder Szene(n)-Applaus. An den Hackeschen Höfen kamen wir auch vorbei. Da sagte jemand aus den Lautsprechern: „Leute, macht keinen Streß, bleibt friedlich." Das wußten wir doch selber, schließlich haben wir am 1. Mai dort auch nur einen (dafür aber echt wütenden) Redebeitrag gehalten.

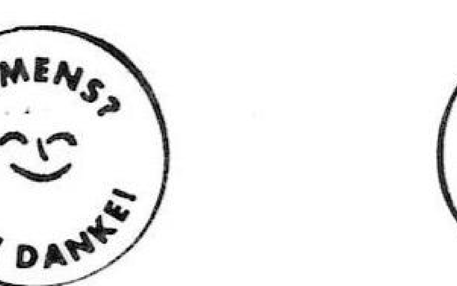
Bis zum Alexanderplatz kam es zu einer regelrechten Symbiose mit denjenigen RaverInnen, die die Love-Parade aus unerfindlichen Gründen bei McDonalds vermuteten - und der Erfolg war zum Greifen nahe: endlich mal war die Linke nicht isoliert, sondern Teil einer großen, glücklichen Bewegung, die auch noch zu *unseren* Beats tanzte. Underground und Oberfläche fielen dort zusammen in ein großes schwarzes Wahrnehmungsloch, denn im Tohuwabohu des dortigen Kulturoptimismus habe ich den Überblick verloren, wer wo wie was gerade gegenkulturiert. Das fand ich etwas schade, wo doch alles so vielversprechend angefangen hatte.

Ich bin dann nach Hause gegangen und habe doch noch Quetschenpaua gehört. Macht ja nichts, nächstes Jahr ist ja auch noch ein Jahr, um mittels Techno den Verhältnissen die eigene Melodie vorzuspielen, um sie zum Tanzen zu bringen.

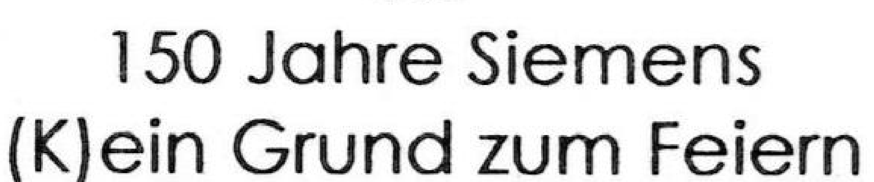
post modernúm: Die Idee ist gut, aber die Welt schon viel weiter. Jedenfalls fällt mir - als jemand, der eigentlich nicht jedes platte Anti-Techno-Klischee dreschen wollte - nach diesem 12. Juli nichts irgendwie konstruktives mehr ein, als es einfach sein zu lassen.

Gabba the Hut



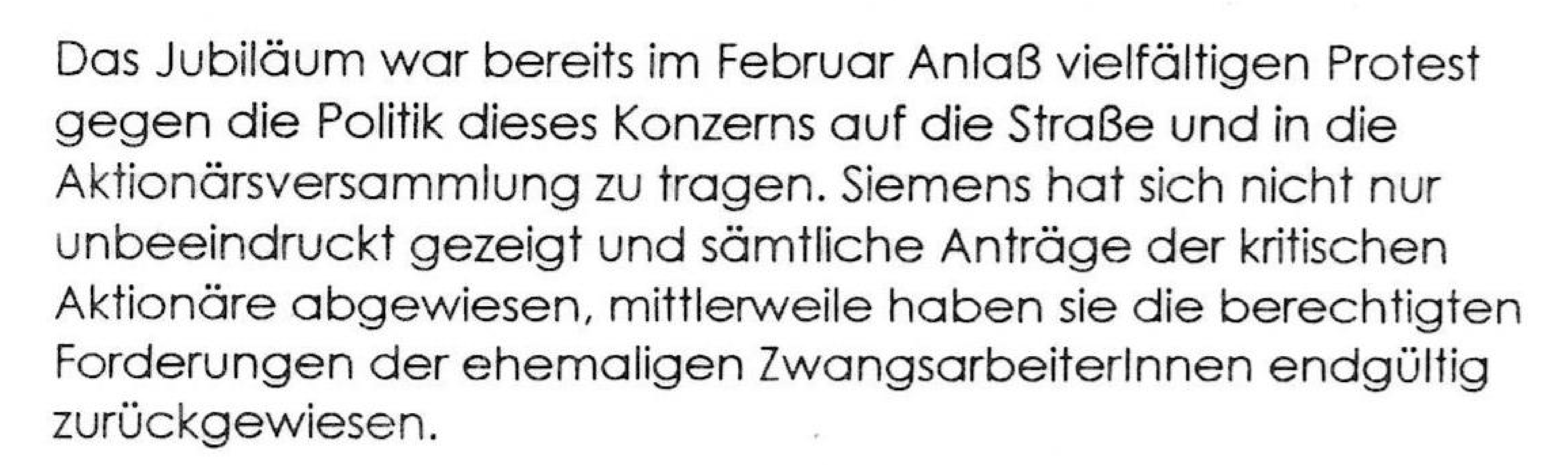






150 Jahre Siemens
(K)ein Grund zum Feiern






Das Jubiläum war bereits im Februar Anlaß vielfältigen Protest gegen die Politik dieses Konzerns auf die Straße und in die Aktionärsversammlung zu tragen. Siemens hat sich nicht nur unbeeindruckt gezeigt und sämtliche Anträge der kritischen Aktionäre abgewiesen, mittlerweile haben sie die berechtigten Forderungen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen endgültig zurückgewiesen.





Auch im Atomgeschäft haben sie nicht eingelenkt, im Gegenteil, erst letzte Woche hat die Bundesregierung gegen alle Widerstände ein „Lex Siemens" beschlossen, um Fortbestand und Weiterentwicklung der Atomtechnologie durch Siemens abzusichern.





Die Jubelfeierlichkeiten sollen am 16. Oktober ihren Höhepunkt finden, am 12.10. soll aus diesem Anlaß eine internationale Führungskräftetagung stattfinden. Vom 8. - 10. August feiert sich Siemens mit großem Volksfest in Siemensstadt.





Eine Aktionsform dem Konzern ans Bein zu pinkeln und das Image der „großen Familie" anzukratzen bieten die seit einigen Tagen in der Stadt kursierenden kleinen Aufkleber. Massenhaft auf z. B. Münzen geklebt finden diese sicher auch ihren Weg nach Siemensstadt.

Dies soll eine von vielen Aktionen sein, wir hoffen auf massenhafte Beteiligung

SIEMENS PROFITIERT VOM BAU DES FRM II !

In der 3. und 4.Woche des Monats Juni haben wir dreimal Fahrzeuge von Siemens angegriffen. Sie standen unter der Donnersbergerbrücke und besitznen nun keine Scheiben mehr.
Ein kleiner Beitrag zum Kampf gegen den Hauptprofiteur des Atomeis.

Wir fordern euch auf in nächster Zeit öfters mal bei den Verantwortlichen vorbeizuschauen.

Dividag (Baukonzern) baut kräftig am Forschungsreaktor,
Architektenbüros als schwächste Kette im profitträchtigen Atomgeschäft sind auch dabei.

Zudem sichern Schwarze Sherifs das Baugelände. Und um dies nicht zu vergessen:
Die bayrische Landesregierung(CSU), sowie die Stadt München ermöglichen erst den Bau .

DIE VERANTWORTLICHEN KONZERNE ANGREIFEN !
DIE BAUMASSNAHMEN SABOTIEREN !

AG Siemens stoppen, München

Widerstandscamp in Ahaus vom 1.-3. August '97

Mit Wut und Witz gegen den atomaren Wahnsinn

In Gorleben ist Ruhe eingekehrt, das Schreckgespenst CASTOR ist ausgewandert ...
In Ahaus soll es nun seinen nächsten Auftritt haben - nach dem Willen der Atommafia.
Nachdem CASTOR-Transporte ins Wendland nicht mehr durchzusetzen sind, versucht die Atommafia nun ihr Glück im angeblich wenig widerständlerischen Münsterland. Aber PolitikerInnen und AKW-Betreiber haben sich getäuscht! Der CASTOR kommt nicht durch, nicht im Wendland, nicht in Ahaus, nicht in Greifswald und auch sonst nirgendwo! Wir sind vorher da. Mit unserem Camp werden wir der Atomindustrie weitere Stolpersteine des Widerstandes in den Weg legen.

Während des Camps wollen wir mehrere Wanderungen unternehmen, um die landschaftliche Schönheit des Münsterlandes mit seinen ortsspezifischen Besonderheiten, speziell das Brennelement-Zwischenlager mit seinem eigenen Gleisanschluß zu erkunden. Wir werden ausprobieren, wie lustig und effektiv Widerstand mit vielen Leuten sein kann, denn der nächste CASTOR ist nah. Außerdem gibt es Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Widerstandes gegen den nächsten CASTOR, zu den Atomanlagen der Region, diverse Workshops, und was Ihr sonst so vorbereitet.

Zum Stand der Dinge in Ahaus: Die BetreiberInnen des AKW Neckarwestheim wollen im Herbst ihren Atommüll in Ahaus abladen. Außerdem soll das Atommüll-Lager erweitert werden: geplant ist eine Halle für schwach- und mittelradioaktiven Müll, die doppelt so groß wie die bestehende Halle werden soll, und eine Konditionierungsanlage (Atommüll- Verpackung). Außerdem soll die Kapazität der bestehenden CASTOR-Halle von 1700 auf 4200 Tonnen erhöht werden. Als Entsorgungsnachweis für laufende Atomkraftwerke hat Ahaus damit eine Schlüsselposition in der Atomindustrie.

Der CASTOR fährt nur, wenn wir es nicht verhindern. Wir verlassen uns weder auf Parlamente noch auf Regierungen - egal, ob sie sich schwarz, rot, grün oder kleinkariert nennen. Lassen wir uns nicht spalten! Seien wir wild und unberechenbar, und das immer und überall!

Das Camp findet auf einer Wiese gegenüber des Atommüll-Lagers statt. Auf dem Camp gibt es einen Frauenbereich.
Weitere Infos gibt's bei der **WigA (Widerstand gegen Atomanlagen)**: Do. ab 20 Uhr im Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Tel. 0251-52 11 12, Fax. 53 15 59

Fr. 1.8.
ab 16 Uhr Ankunft
abends gemeinsames Essen und Plenum
DIE ERSTE NACHT

Sa. 2.8.
ab 8 Uhr Frühstück
ab 11 Uhr Arbeitsgruppen
ab 17 Uhr Zeit, in der Ihr tun und lassen könnt, was Ihr politisch wollt
ab 20 Uhr gemeinsames Abendessen und Plenum
DIE ZWEITE NACHT

So. 3.8.
ab 8 Uhr Frühstück
ab 11 Uhr Plenum
anschließend Arbeitsgruppen und Fazit
ab 16 Uhr Abreise

NIX mehr

Auch nicht in Ahaus

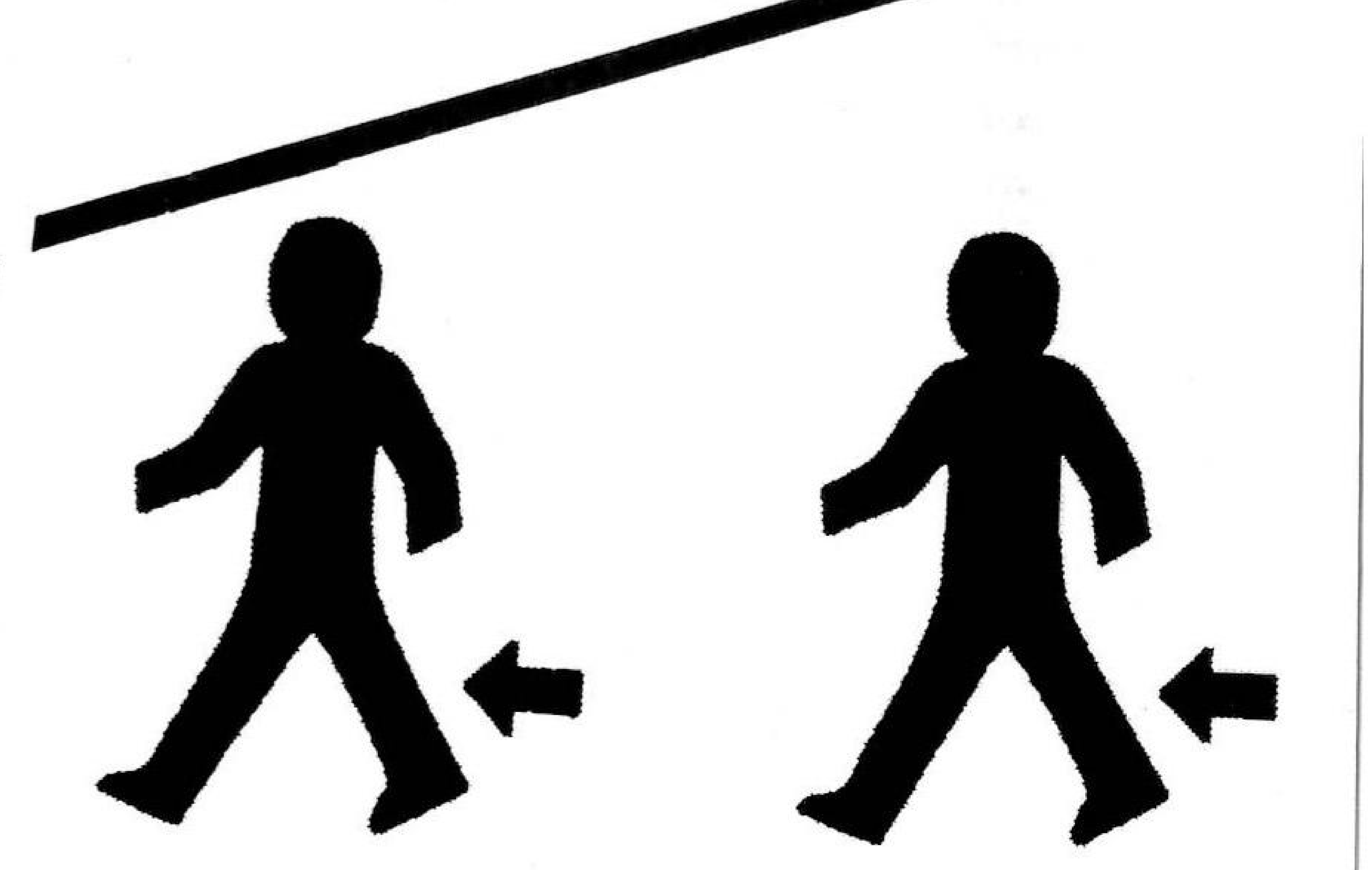
V.i.S.d.P. A. Müller, Ahauser Str. 99, 48132 Münster

in der nacht zum 18. juli 1997 haben wir in berlin friedrichshain den langjährigen nazikader Lars Burmeister getroffen und ihn für seine faschistischen aktivitäten zur rechenschaft gezogen. spätestens wenn er seinen rausch ausgeschlafen hat und am nächsten morgen über die herkunft seiner platzwunden nachgedacht hat wird ihm klar geworden sein, daß die parole "schlagt die faschisten - wo ihr sie trefft" kein blöder spruch ist.

burmeister war schon 1977 mitglied der illegalen nsdap, wechselte später zur nun verbotenen FAP, hatte dort die funktion des landesvorsitzenden berlin-brandenburg inne und kandidiert 1992 für die fap in berlin-prenzlauer berg - überall wo burmeister auftauchte kam es zu überfällen auf antifas und nichtdeutsche - als im sommer 1992 in prenzlauerberg ca. 15 fap-aktivisten drei linke überfielen und teilweise krankenhausreif schlugen wurde burmeister (in uniform) zusammen mit drei kameraden festgenommen.

in diesem sinne: faschisten sind angreifbar und nazi sein hat konsequenzen - immer und überall (und so oft wie möglich)

AUTONOME ANTIFASCHISTINNEN



Zur Vergewaltigung im Wendland

Zwischenbericht aus Berlin

Seit Mai trifft sich in Berlin regelmäßig ein Kreis von Frauen und Männern aus verschiedenen Anti-Atom-Zusammenhängen, um sich mit der Vergewaltigung während der Castor-Widerstandstage NIX3 Anfang März in Gusborn (Wendland) auseinanderzusetzen. Auch in einigen anderen Städten gibt es Treffen und Gespräche zu der Vergewaltigung und dem weitgehend kollektiven Nichtverhalten der im Wendland versammelten Menschen. Anläßlich der bevorstehenden Widerstands-Camps während der Sommermonate und der für Herbst anstehenden NIX MEHR-Aktionen in Ahaus und Krümmel wollen wir hier einen Zwischenbericht über den Stand unserer Diskussionen abgeben.

Es geht uns zum einen um die Herstellung von Transparenz über die bisherigen Gespräche, zum anderen wollen wir der Forderung des Diskussionsbeitrages einer FrauenLesben-Gruppe aus Uelzen, Lüneburg und dem Wendland nachkommen, "konkrete Positionen und Handlungsansätze zu erarbeiten, die weder bei der einzelnen Tat stehen bleiben noch erst bei dem Extrem von sexualisierter Gewalt gegen Frauen ansetzen." (Papier von Frauen Lesben "Zum Umgang mit der Vergewaltigung während der CASTOR-Aktionstage im Wendland - ein Diskussionsbeitrag" in der INTERIM 424)

Außerdem wollen wir die Auseinandersetzung mit mehr Leuten als bisher erreichen und ausdrücklich nochmal dazu auffordern, sich zu beteiligen.

Bei der folgenden Zusammenfassung haben wir versucht, die manchmal etwas unzusammenhängende Gespräche etwas zu systematisieren und die Kerngedanken herauszufiltern. Manchmal haben wir auch etwas interpretiert, hoffentlich nicht völlig gegen die ursprüngliche Absicht, und auch nicht alle Fäden aufgenommen, die im bisherigen Verlauf gesponnen worden sind. Zu uns - den Protokollanten - sagen wir am Schluß des Textes noch kurz etwas.

Ausgangspunkt der (gemischtgeschlechtlichen und öffentlichen) Berliner Treffen war es, das Schweigen und Nichtverhalten seitens des Anti-Atom-Widerstands und der sich darin bewegenden autonomen Zusammenhänge zu thematisieren und dadurch vielleicht zu durchbrechen. In der Einladung zum ersten Treffen wurde dazu ausgeführt: "Es kann nicht darum gehen, etwas Versäumtes nachzuholen oder 'wiedergutzumachen'. Aber wir können versuchen, den Umgang mit der Vergewaltigung im Wendland zum Anlaß zu nehmen, um unser mehrheitliches Nichtverhalten zu reflektieren und nach den Ursachen zu suchen. Wir sollten uns die Frage stellen, warum uns die Vergewaltigung offenbar so wenig beschäftigt hat und was das mit unserem Verständnis von Widerstand und Kollektivität zu tun hat." (Text von einigen Männern aus Berlin "Zum Umgang mit der Vergewaltigung im Wendland - Einladung zur Auseinandersetzung" in der INTERIM 421)

Zum ersten Treffen kamen ca. 25 Menschen, die nachfolgenden, im zweiwöchentlichen Turnus anberaumten Treffen waren deutlich geringer besucht. Kontinuierlich sind 10-15 Menschen dabei, davon ca. 1/3 Frauen, 2/3 Männer. Gleich bei dem ersten Treffen zeigten sich unterschiedliche Ansprüche an die Gruppe. Die Breite der Vorstellungen reichte von der Planung von konkreten (Re)Aktionen über Handlungsansätze zur Verankerung antipatriarchaler Praxis im 'Widerstandsalltag' bis hin zu einer selbstkritischen und an unserem eigenen Nichtverhalten orientierten Bewegungskritik.

Mit letzterem haben wir angefangen, weil es den meisten darum ging zu benennen und zu verstehen, woran sich unser konkretes Verhalten im Wendland festmachen und erklären läßt. Einige haben erzählt, wie in ihren Gruppen mit der Nachricht von der Vergewaltigung umgegangen wurde, was geredet und besprochen wurde und wie ihre Wahrnehmung im Gusborn-Camp gewesen ist. Dabei kamen viele übereinstimmende und ähnliche Aussagen zum Vorschein: Die Nachricht hätte zunächst zu Betroffenheit geführt, der so dann aber Ratlosigkeit und Beschweigen gefolgt sind. Kaum eine Gruppe hatte längere Zeit über Möglichkeiten des Umgangs diskutiert oder für sich entschieden, sich um konkretes Verhalten Gedanken zu machen. Stattdessen vertrauten die meisten darauf, daß sich schon Leute darum kümmern würden und es erstmal FrauenLesben-Zusammenhänge gäbe, die schon deutlich machen würden, was passieren soll. Nach einer Art 'autonomer Logik' wurde den Leuten, die mit der Frau in Kontakt standen, die Verantwortung für den weiteren Umgang und die mögliche Reaktion des Camps zugeschoben. Einen eigenen Handlungsbedarf sah fast niemand in der Situation. Einige erklärten sich ihr Nichtverhalten auch aus der konfrontativen Situation: die Fixierung auf den CASTOR bzw. dessen möglichst effektive Verhinderung sei in unseren 'Köpfen und Herzen' nahezu total gewesen, anderen Widersprüchen sei kein Raum geblieben. Dabei gab es die Übereinstimmung, daß es auch Zusammenhänge, die sich eigentlich mit dem Geschlechterverhältnis beschäftigen (wollen/wollten), nicht geschafft haben, theoretische Absichten in eine Handlungspraxis umzusetzen. Schon an ganz banalen Sachen, wie z.B. das die z.T. widersprüchlichen Informationen/Gerüchte nicht durch Nachfragen oder Ansprechen der sich kenntlich machenden Menschen geklärt worden sind, wurde das deutlich. Vereinfacht wurden als Mechanismen genannt: Verdrängung der Tat aufgrund der Anspannung und der Allgegenwärtigkeit des Widerstands gegen den bevorstehenden Transport, Abschiebung der Verantwortung an FrauenLesben bzw. das Umfeld der Frau, Ratlosigkeit wie einzelne etwas machen können und Sprachlosigkeit. Nicht geäußert wurde ein generelles Desinteresse an der Vergewaltigung.

Auch die selbstkritische Beleuchtung der 'Erlebnisberichte' und Erzählungen, die nach der Rückkehr aus dem Wendland die Runde machten, kamen weitgehend ohne die Vergewaltigung aus - erst nach dem Bekanntwerden des Todes der Frau gab es plötzlich ein Erinnern und Thematisieren der Tat.

An diese ernüchternde und deprimierende Beschreibung schlossen sich für uns Fragen nach Alternativen an. "Was hätten wir tun können?", "Wo wäre welches Handeln wichtig und sinnvoll gewesen?", "Welche Versäumnisse hätten wie vermieden werden können?" usw. Dabei kamen auch Sachen zum Vorschein, die es im Gusborn-Camp gegeben hat wie die 'Fragen an Männer', die an der Pinwand am Infozelt gestellt worden sind. Hauptsächlich aber ging es um Versäumtes: So gab es keine Camp- oder Städteplenas speziell zu der Tat, wo event. Aktionen oder ein Handeln thematisiert wurde. Auch eine Auseinandersetzung mit dem hinter der Vergewaltigung stehenden Geschlechterverhältnis und den Strukturen im Camp fand nicht mal im Ansatz statt. Auf die Nachricht von der Vergewaltigung in den Plenas folgte betroffenes Schweigen, dem dann der nächste Tagesordnungspunkt ein Ende setzte. Niemand hakte nach, niemand begann mit der Frage: "Was bedeutet das? Was machen wir?" Statt den permanenten 'Widerstandszustand' auszusetzen und dem Umgang mit der Vergewaltigung Raum zu geben, wurde er erstickt und umgangen. Vielen (Männern) reichte das Autokennzeichen, um klar zu kriegen, was jetzt passieren müsse: wenn der Wagen auffällt - dann los. Über dieses plumpe, unter Männern fast verschwörerisch abgecheckte Wir-Wissen-Was-Zu-Tun-Ist wurde nicht hinausgekommen, tatsächlich ist dann auch nichts passiert. Das Fehlen von einem sichtbaren Ausdruck von Wut und Trauer über die Tat, keine Transpis, Sprühaktionen, Kundgebung usw. (was bei anderen Sachen, wie z.B. Fascho-Übergriffe üblich gewesen wäre) hat der Frau kaum das Gefühl gegeben, ihre Situation würde mehr als ein paar Menschen berühren. Auch daß die Frau ziemlich alleine gelassen wurde und es kaum Menschen gab, die sich um sie gekümmert haben, wurde kritisiert.

Schnell wurde bei diesen Fragenstellungen und der Suche nach Antworten klar, daß sich für Frauen und Männer unterschiedliche Handlungsperspektiven ergeben, es aber auch eine Schnittmenge an gemeinsamen Möglichkeiten gibt. Umstritten blieb, in wieweit in einem gemischtgeschlechtlichen Kreis das Verhalten von FrauenLesben-Gruppen kritisiert werden kann oder ob das nur in Diskussionen unter FrauenLesben stattfinden kann. Klar schien zu sein, daß Vergewaltigung und sexualisierte Gewalt gegen Frauen nicht 'Frauensache' sind und sich Männer damit auseinandersetzen müssen. Für viele der anwesenden Männer war es wichtig herauszufinden, wie und bis wohin sie sich einbringen können, denn es gab die Befürchtung, daß Männer sich zu sehr einmischen und Frauen die Entscheidungsmacht streitig machen könnten, was passieren soll. Die aus der Unsicherheit entstehende Sehnsucht nach klaren Regeln oder Vorstellungen, bis wohin mann gehen darf, was geht und was nicht, usw. drückte sich auch in Vergleichen aus: Wir ('die Autonomen') wären auf alles vorbereitet und wüßten oft [illegible], was z.B. im Falle von Repression, Hausdurchsuchung, Spitzel, Faschos usw. zu tun wäre, nur eben bei einer Vergewaltigung nicht. Dagegen wurde schließlich der Begriff der Sensibilität stark gemacht. Nicht ein universelles Konzept könne die Lösung sein, sondern das kollektive Entwickeln von Sensibilität im Umgang miteinander, eine genauere und aufmerksamere Wahrnehmung des und der anderen Menschen und eine Bewußtmachung patriarchaler, sexistischer Strukturen. Von Frauen wurde gewünscht, daß Männer mehr Bereitschaft signalisieren und ihr Interesse an einer Auseinandersetzung mit dem Patriarchat und Männergewalt kenntlich machen. Männer sollten sichtbar machen, daß sie Aufgaben übernehmen würden und für Frauen ansprechbar sind. Sensibilität für patriarchale Strukturen und sexistisches Verhalten statt Mackergehabe, Checker-Allüren und Coolness ebenso wie eine Alibi-Betroffenheit und klassische Gefühlsarbeitsteilung. Kritisiert wurde nochmals, daß viele ihre Gedanken, Wut und Trauer nicht nach außen gezeigt hätten und so gemeinsames Reden und Handeln möglich geworden wäre.

Einige Frauen thematisierten mehrfach den Wandel ihrer Wahrnehmung des Widerstands im Wendland und der Sicherheit, die sie vor der Vergewaltigung dort spürten. Sie hätten sich vorher nicht vorstellen können, daß es dort zu einer Vergewaltigung kommen würde, waren darauf nicht vorbereitet und dadurch auch z.T. überfordert. Spaziergänge alleine im Wald, alleine Trampen, Zelten in gemischten Camps oder etwas Abseits ... alles was vorher eher unproblematisch schien, steht nun mehr denn je in Frage. Auch andere sexistische Vorfälle, Sprüche, Pöbeleien, alkoholisierte Typen usw. rücken jetzt stärker ins Bewußtsein und die eigentlich bekannte Feststellung "Alle Männer sind potentielle Vergewaltiger" kehrte brutal in die Widerstandsgegenwart zurück. Die Sicherheit von Frauen wurde - nicht nur durch die Tat, sondern durch den Nicht-Umgang ebenso - erschüttert.

Auf den letzten Treffen wurde zunehmend versucht, die gemeinsamen Erkenntnisse in ein auf die Zukunft gerichtetes Handeln zu verwandeln. Es schien Einigkeit dahingehend zu bestehen, daß wir nicht ohne ein bewußtes, organisiertes Thematisieren eine Widerstandsatmosphäre schaffen können, in der die Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen und den sie erzeugenden patriarchalen Strukturen als wesentlicher Bestandteil verankert ist. Da weder eine Beschäftigigung mit dem Geschlechterverhältnis noch eine notwendige Sensibilität und kollektive Verantwortung im Umgang mit Vergewaltigung und sexualisierter Gewalt in der Anti-Atom-Bewegung zur Zeit selbstverständlich sind, noch davon ausgegangen werden kann, daß sich daran von heute auf morgen etwas ändern wird, halten wir eine direkte Anlaufstelle in den Camps für von Männergewalt betroffene Frauen für wichtig (in der INTERIM 427 haben Autonome Anarchafeministinnen / GDA eine Art „psychosozialen Notdienst" vorgeschlagen). Außerdem ist es unseres Erachtens einen Versuch wert, den oben beschriebenen Widerstandsrhythmus - die Fixierung auf den 'Kampf gegen den CASTOR' - mit Workshops in den Camps zu den Themen Patriarchat, Geschlechterverhältnis, sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Mackerverhalten usw. zu durchbrechen und so der Verdrängung und Verschiebung dieser Auseinandersetzung mit den eigenen Strukturen entgegenzuwirken. Aus der Erfahrung, daß eine allgegenwärtige kritische Reflexion und ein ebensolcher Umgang nicht selbstverständlich ist, folgt für uns, das wir diese Beschäftigung organisieren und in unseren konkreten 'Widerstandsalltag' hineinholen müssen. Auch hier stand wieder schnell fest, daß Frauen und Männer z.T. unterschiedliche Herangehensweisen und Handlungsmöglichkeiten haben. Von Männerseite wurden Vorschläge wie Flugblätter zum Thema Männergewalt /Mackerverhalten und die verstärkte Arbeit in Männergruppen gemacht. Eine tiefergehende, über Lippenbekenntnisse hinausgehende Beschäftigung mit den eigenen sexistischen Verhaltensweisen könne ohnehin nur in länger arbeitenden Gruppen versucht werden. Außerdem gab es Überlegungen, wie die allgemeine Anonymität und Unüberblickbarkeit der Camps zugunsten eines eher kollektiven Zusammenkommens verändert werden könnte. Die Kritik an den oft unverbindlichen und schlecht vorbereiteten Plena führte zu dem Wunsch nach einer besser strukturierten Vernetzung. Eine Anlaufstelle für allein Angereiste ebenso wie ein Einbinden möglichst vieler in die Strukturen statt ein Nebeneinander ohne Bezug zu den Leuten ringsherum standen als Vorschläge im Raum. Viele dieser Gedanken und Ideen sind noch nicht konkret genug, um genauer vorgeschlagen zu werden. Wir werden aber versuchen, auf einigen Sommerveranstaltungen der Anti-Atom-Bewegung darüber zu diskutieren.

Zur Kenntnis genommen und ein bißchen diskutiert haben wir den Kommentar einiger FrauenLesben, die in der INTERIM 424 „revolutionäre grüße aus der separation" an vermutlich auch uns richteten. Wir sind uns der Begrenztheit unserer Diskussion und der Geschichte ähnlicher Diskussionen der letzten zwanzig Jahre bewußt, auch wenn viele von uns noch nicht so alt sind, als daß sie diese Erfahrung selbst machen konnten. Trotzdem die Geschichte der gemischtgeschlechtlichen Auseinandersetzung mit dem Patriarchat und sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung und Mackerverhalten eine ständige Wiederholung von Fehlern, folgenlosen Diskussionen / Gelaber und Betroffenheitskult ist, wissen wir uns keinen anderen Rat als es weiter zu versuchen und auch bei Null wieder anzufangen, wenn dies der Stand der Bewegung ist.

Noch ein paar Worte zu uns. Wir halten die drei 'Eckpfeiler' für den Umgang mit Vergewaltigungen, wie sie die FrauenLesben in dem oben schon zitierten Diskussionspapier formulieren, ebenfalls für grundlegend. Die Bennungs-/Definitionsmacht einer von sexualisierter Männergewalt betroffenen Frau darf nicht durch Spekulationen oder die Forderung nach Details infrage gestellt werden. Auch als Männer, die eine Auseinandersetzung mit „sexualisierter Gewalt und ihrer gesellschaftlichen Dimension" führen wollen, bleiben wir potentielle Vergewaltiger. Die Rolle von Männern in dieser Auseinandersetzung bleibt unseres Erachtens nach wie vor ambivalent. Eine Beschäftigung mit patriarchalen Gewaltstrukturen - besonders ihrer eigenen Täterschaft - ist für Männer absolut notwendig, ebenso wie eine Orientierung an den Forderungen von FrauenLesben und an feministischer Theorie. Gemischtgeschlechtliches Handeln gegen Vergewaltigung und Männergewalt stößt an Grenzen, wo Männervorstellungen zu dominieren beginnen und die Autonomie von FrauenLesben-Aktionen einengen. Als Männer in dieser Diskussion wollen wir uns hier aber nicht unsichtbar machen und die Verantwortung nicht wieder Frauen Lesben überlassen.

Das nächste Treffen findet **am Dienstag, den 5. August 1997** um 20 Uhr im Kato (U-Bhf. Schlesisches Tor) statt.

Einige Männer aus Berlin

Den antifaschistischen Widerstand organisieren! Gegen den Rudolf-Hess-Aufmarsch vorgehen!

Am Samstag, den 9. August 1997, findet in Quedlinburg um 13.00 Uhr ab Carl-Ritter-Platz eine Demonstration gegen den Nazi-Aktivisten Steffen Hupka statt. Die Demonstration ist Teil einer bundesweiten antifaschistischen Kampagne, die sich gegen den sogenannten Rudolf-Heß-Gedenkmarsch der Nazis richtet.

Den antifaschistischen Widerstand organisieren!

Ziel der Demonstration ist es, eine breite Öffentlichkeit auf die Aktivitäten der Nazis hinzuweisen und deren Hintergründe sowie den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, in dem die Nazis stehen, aufzuzeigen.

Die langfristig angekündigten Verbote von Naziorganisationen wie beispielsweise der Freiheitlichen Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 1995 hat die Faschisten nicht getroffen, sondern ihr neues Organisationskonzept forciert. Das von Steffen Hupka mitentwickelte „Zellenkonzept" ist vor allen Dingen darauf ausgelegt, eine breite Basis in zahlreichen Kleingruppen anzusammeln. Diese Kleingruppen sind als voneinander unabhängige „Kameradschaften" u.ä. getarnt, aber untereinander in höchstem Maße vernetzt. Die Faschisten haben viele ihrer Grabenkämpfe beigelegt und agieren gemeinsam. Dabei thematisieren sie neuerdings verstärkt die soziale Frage, die mit der Zunahme des Sozialraubs in der BRD an Aktualität gewonnen hat, um sie von rechts zu besetzen. Mit solchen populären Themen erhoffen sich die Nazis eine größere Akzeptanz, mehr Beachtung durch die Medien und die Vermehrung ihrer Anhängerschaft.

Die Wirkung dieser neuen Strukturen hat sich vor allem in München in erschreckender Weise gezeigt. Die Jungen Nationaldemokraten (JN), Jugendorganisation der NPD (Nationale Partei Deutschlands), fungiert dabei seit den Verboten der FAP, NF (Nationalistische Front) u.a. als übergreifendes Sammelbecken der Nazis. Von ihr werden Demonstrationen organisiert, sie tritt offensiv an die öffentlichkeit und hat Ausstrahlung auf militante Neonazis.

Die staatliche Verbotspolitik hat weder die Nazi-Strukturen zerschlagen, noch faschistische Aktivitäten über eine kurze Zeit hinaus unterbunden. Ihre Funktion war es vor allem, die etablierten Partein sich als „anti-faschistisch" in der internationalen Öffentlichkeit erscheinen zu lassen. Die etablierten rechten Parteien können und wollen nicht auf die offenen auftretenden Faschisten verzichten. Die faschistischen Parteien übernehmen daher Vorreiterrollen bei der Durchsetzung rassistischer Politik und bieten sie ihnen die Möglichkeit, sich nach rechts abzugrenzen und sich selbst als „gute", bürgerliche Mitte darzustellen.

Seit den Verboten, 1994-1995, ist der Umgang mit faschistischen Parteien umgeschlagen, so daß die konservativen Parteien sich nicht mal formal von Faschisten abgrenzen. Der inhaltliche Konsens zwischen Konservativen und Faschisten zeigte sich besonders deutlich in München, wo die CSU sich als ideologischer Wegbereiter der Nazis gefiel und ebenfalls gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" demonstrierte – ein öffentlicher Schulterschluß der Konservativen mit den Faschisten. Währenddessen wird der Naziterror zunehmend als integrierter Bestandteil der deutschen Gesellschaft hingenommen, ein Brandanschlag gegen Flüchtlinge ist der Presse kaum noch zwei Zeilen wert. Kommt es doch einmal zum Skandal, wie z.B. in Lübeck, wird möglichst ein Nichtdeutscher Sündenbock gesucht oder es wird versucht, die Tat als unpolitisch hinzustellen, obwohl zahlreiche Beweise auf deutsche Täterschaft deuten.

Steffen Hupka: der Kader in der Region Ostharz

Steffen Hupka ist seit Jahren als Nazikader politisch aktiv. Er war Mitglied verschiedener, inzwischen verbotener Organisationen und ist nun Mitglied im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), dem vormals gesichtslosen Anhängsel der NPD. In jüngster Vergangenheit hat die JN als Mitveranstalterin der, von Hupka angemeldeten Kundgebung gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in München, von sich reden gemacht. Diese Kundgebung, an der 5000 Faschisten teilnahmen, war eine der größten Nazi-Veranstaltungen in der Geschichte der BRD. Am 1. Mai 1997 meldete wieder die JN eine Demonstration an, diesmal unter dem rassistischen Motto „Arbeit zuerst für Deutsche". Die Nazis wichen nach dem gerichtlichen Verbot dieser Demonstration von Leipzig auf andere Orten aus, unter anderem nach Hannoversch Münden, wo Steffen Hupka als Redner auftrat.

Steffen Hupka macht sich stark für die Heranbildung einer Nazi-Kaderstruktur. So gehört er den Kaderorganisation „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront"(SrA) an, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen „Nationalistischen·Front" (NF), die hierarchisch in einem abgeschotteten Zellensystem mit verschiedenen Vorfeldorganisationen organisiert ist. Ideologisch steht sie für einen nationalen Antikapitalismus und haßerfüllten Antisemitismus. Seit 1994 ist Hupka Herausgeber des „Umbruch", einer Strategie- und Schulungszeitung, die sich bundesweit an Nazi-Kader richtet. Darin werden nicht nur schwülstige Artikel über Themen rechter Weltanschauung abgedruckt, sondern auch strategische/taktische Orientierungen geliefert und Termine und Aktionen bekanntgegeben. Auch bei dem Nazipamphlet „Einheit und Kampf" hat Hupka seine Finger als Redakteur im Spiel.

In und um Quedlinburg führt Hupka als erfahrener Aktivist seit Ende 1993 Regie beim Aufbau nazistischer Strukturen nach dem „Zellenkonzept". Er zieht die Fäden im „Unabhängigen Arbeitskreis" (UAK), der mit dem „Harzer Heimatschutz" zusammenarbeitet. Der UAK ist über die „Harzfront", einem „überparteilichen" Zusammenschluß, mit anderen nazistischen Gruppen vernetzt. Weitere faschistische Gruppierungen haben sich in umliegenden Orten von Quedlinburg gebildet.



Gegen denRudolf-Heß-Aufmarsch vorgehen!

Jahr für Jahr versuchen die Nazis mit mehr oder weniger Erfolg, zum Todestag von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß am 17. August aufzumarschieren. Dieses jährliche Ereignis erfüllt für sie wichtige Funktionen: So erhoffen sie sich nach innen eine Mobilisierung ihrer Anhänger über Gräben im rechten Lager hinweg und nach außen Beachtung und Medienrummel. Schon häufig, z.B. 1991 in Bayreuth und 1992 in Rudolstadt, konnten sie dabei darauf bauen, von der Polizei wenig bis gar nicht gestört zu werden. Weiterhin gelang ihnen 1993 ein Aufmarsch in Fulda, bei dem die Polizei – trotz vorherigen Anmeldungsschreibens durch die Nazis – angeblich so überrascht war, daß sie sich darauf beschränkte, mit den Kadern der Nazis Verhandlungen zu führen, um sie dann ihr Programm vor dem Dom in aller Ruhe abspulen zu lassen.

Nicht überrascht war sie allerdings, als es darum ging, die anreisenden AntifaschistInnen an der Autobahnabfahrt Fulda-Nord festzuhalten. Sehr viel weniger Probleme mit den anreisenden Nazis hatte im Jahr darauf die Luxemburger Polizei, die sie ohne Umschweife rüde festnahm. Gleichzeitig initierten 1994 antifaschistische Gruppen Demonstrationen und Kundgebungen vor Wohnhäusern der Nazikader in Berlin, Nürnberg, Northeim und in dem 35 km von Quedlinburg entfernten Wernigerode und anderen Städten.

Diese Aktionen sollten einmal die Öffentlichkeit in die Auseinandersetzung miteinbeziehen und auf den antifaschistischen Widerstand aufmerksam machen, zum anderen hatten sie den Zweck, die Nazikader zu binden, um so einen gesammelten Aufmarsch zu verhindern.

1995 wurden die Nazis bei ihrem Aufmarschversuch im dänischen Roskilde von BürgerInnen und AntifaschistInnen erbost empfangen und immer wieder entschlossen angegriffen. Die überraschte Polizei wurde ebenfalls attackiert, so daß den Nazis nur die planlose Flucht vor der aufgebrachten Menge blieb. 1996 schließlich riefen die Nazis gar einen ganzen „Rudolf-Heß-Gedenkmonat" aus: Am 3. August versuchten sie mit wenig Erfolg einen Aufmarsch in Bad Harzburg, am 17. August gelang es ihnen, unter der Regie Steffen Hupkas und unter den Augen der Polizei mit 200 TeilnehmerInnen in Worms und zeitgleich mit 120 Personen in Merseburg zu marschieren. Bis diese sich schließlich zu einem Einschreiten durchringen konnte,waren die Aufmärsche bereits beendet.

Die Demonstration

Das Konzept der diesjährigen Aktion ähnelt dem der Antifaschistische Aktion '94, d.h. die Einbeziehung der Öffentlichkeit soll im Vordergrund stehen. Damit soll der politische Charakter des antifaschistischen Kampfes betont werden und dem Mythos der *„sich bekriegenden Jugendbanden"* entgegengewirkt werden. Bundesweit sollen mehrere Aktionen stattfinden, unter anderem in Nürnberg, München und Bonn. Die Demonstration in Quedlinburg ist ebenfalls Teil dieses Konzepts. Sie knüpft außerdem an die im Januar und November 1995 von Autonomen initiierten Demonstrationen an, die sich gegen Hupkas Treiben in Quedlinburg richteten.

Mit der Demonstration soll schon im Vorfeld des Rudolf-Heß-Aufmarsches eine deutliche antifaschistische Manifestation in Quedlinburg auf die Straße getragen werden. Es muß für die EinwohnerInnen von Quedlinburg ersichtlich und nachvollziehbar sein, daß antifaschistischer Widerstand direkt vor Ort möglich und nötig ist. Eine JN-Fahne wird auf dem Mathildenbrunnenplatz symbolisch verbrannt.

Initiatorinnen der Demonstration sind die Antifa HaQu und die Autonome Antifa (M) aus Göttingen. Die Demonstration wird durch alle unterzeichnenden Gruppen unterstützt. Zur Demonstration wird überregional mobilisiert.

Eine offensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch die unterzeichnenden Gruppen ist erwünscht. Im Vorfeld wird es daher Informationsveranstaltungen der initiierenden Gruppen zur Demo und zur Situation im Ostharz geben. Unmittelbar vor der Demo wird es noch eine Pressekonferenz geben.

Da das Demonstrationskonzept den Verlauf und die Ziele der Demonstration im Vorfeld offenlegt und sie ordnungsgemäß angemeldet wird, ist die Präsenz der Polizei überflüssig und unerwünscht.

Die Demonstration ist Teil einer bundesweiten Kampagne und wird daher auch deren Motto auf dem Fronttransparent, das von den initiierenden Gruppen aus Quedlinburg und Göttingen getragen wird, übernehmen. Es lautet: *„Den antifaschistischen Widerstand organisieren! Gegen den Rudolf-Heß-Aufmarsch vorgehen"*.

In dieser Kampagne haben sich antifaschistische Gruppen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und des Bundesweiten Antifaschistischen Treffen (BAT) zusammengefunden, um ihre Aktionen gegen die Nazi-Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch zu koordinieren.

Organisiert den antifaschistischen Widerstand! Gegen den Rudolf-Heß-Aufmarsch vorgehen!

Antifa heißt Angriff!

Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!

Beginn der Demonstration:
13.00 Uhr
auf dem Carl-Ritter-Platz
Quedlinburg am Harz

Die Demonstrationsroute lautet:
Sammelpunkt: Carl-Ritter-Platz
+ Marktplatz
+ Kulturzentrum Reichenstraße
+ Oeringerstraße
+ Adelheidstraße
+ Carl-Ritter-Platz

Zwischenkundgebungen
wird es an folgenden Stellen geben:
+ auf dem Marktplatz
+ vor dem Kulturzentrum Reichenstraße
+ Abschlußkundgebung

Redebeiträge
werden zu folgenden Themen gehalten:
+ Junge Nationaldemokraten
+ Funktion der Nazis in der Gesellschaft/
+ Flüchtlingspolitik und Rassismus
+ Antifa-Widerstand
+ Sozialabbau
+ Situation in Quedlinburg
+ Akzeptierende Jugendarbeit
+ Situation 1997/ Heßaufmarsch

Autonome Antifa (M) · Göttingen
Antifa HaQu · Quedlinburg
Juni 1997

Die Vernichtung der Wurzeln des Faschismus ist unser Ziel



aktion

Den antifaschistischen Widerstand organisieren-

SCHLUSS MIT DEM NAZITERROR!

AKTION '97
Kampagne gegen Naziumtriebe in der Nürnberger Nordstadt
„Den Antifaschistischen Widerstand organisieren - Schluß mit dem Naziterror"
Unter diesem Motto führt das Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg in diesem Sommer eine Kampagne gegen faschistische Organisierung in Nürnberg durch. Höhepunkt ist eine Bündnisdemonstration am 17. August, dem 10.Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß.

Die Situation in der Nordstadt
(„Nazis in der Nachbarschaft")
Die Nazis in Nürnberg haben sich seit etwa einem Jahr einen neuen Schwerpunkt gesetzt: sie versuchen einen ganzen Stadtteil für sich einzunehmen. In der Nürnberger Nordstadt stopfen sie den AnwohnerInnen regelmäßig Zettel in den Briefkasten, deren Inhalt ihre „nationale" Gesinnung ausdrückt und vor der roten Gefahr warnt. Die diesjährigen Ostermärsche etwa bezeichneten sie als „linken Straßenterror". In Schulen versuchen die Rechtsextremen die Kinder mit faschistischer Ideologie vertraut zu machen. Eltern müssen feststellen, daß ihre Kinder mit Aufklebern in den Taschen nach Hause kommen, auf denen angekündigt wird , die Nordstadt müsse deutsch bleiben. Apropos Aufkleber: in der Nordstadt kann mensch bisweilen die ganze Palette der Nazi-Hetze kleben sehen. Große Teile der Aufkleber kommen von der NSDAP- Nachfolgepartei NPD („Kraft für Deutschland", „Döner Kebab Nein Danke") oder auch gleich von der NSDAP/AO (in Deutschland verbotene Aufbauorganisation, die ihren Sitz in den USA hat).
Wer nicht in das Weltbild der Faschisten paßt und dennoch in der Nordstadt wohnt, wird bedroht: „Ab heute wird zurückgeschlagen" und ein Fadenkreuz schmierten die Nazis auf mehrere Häuser, in denen sie Feinde ihrer Bewegung vermuten.
Die Nazis wohnen in der Nordstadt in WG's und verfügen über mehrere Kneipen als regelmäßige Treffpunkte, in denen sie wohlgelitten sind: Das seien doch alles „ordentliche Jungs" meint die Wirtin eines Lokals auf Nachfrage nach ihren kurzhaarigen Gästen. Gerade in dieser Kneipe, dem „Bamberger Hofbräu", zeigten die ordentlichen Jungs am Samstag, den 6 Juni dieses Jahres, wie sie sich die Zukunft Deutschlands vorstellen. Aus dem ganzen Bundesgebiet waren hier Nazis zu einem Liederabend versammelt, teilweise im SA-Look uniformiert, zeigten den Hitler-Gruß und sangen ausländerfeindliche und antisemitische Lieder.

Junge Nationaldemokraten
(„Verirrte Jugendliche ?")
Verantwortlich für diese neonazistischen Aktivitäten ist die NPD- Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN). Die JN sind die derzeit wichtigste Jugendorganisation der extremen Rechten. Nach den Verboten einiger Gruppen wie etwa der Nationalen Front (NF) oder der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) dient sie deren ehemaligen Mitgliedern als legales Auffangbecken. Sie versteht sich als Kaderorganisation, deren Bedeutung daher nicht allein über die Zahl ihrer Mitglieder zu beurteilen ist. Ihre Bedeutung liegt vielmehr auch in der Integrationsfunktion verschiedener rechter Subszenen. Sie versuchen, militante faschistische Skinheads in ihre Organisation einzubinden und deren Aktionen zu koordinieren. Eine Vorfeldorganisation der JN ist zum Beispiel der „Freiheitliche Volksblock" (FVB). Thomas Scharf, führender Kader dieser Organisation, wohnt im Nürnberger Stadtteil Ziegelstein (nahe der Nordstadt) und hat hier eine feste Nazigruppe aufgebaut. Er war Organisator eines rechten Aufmarsches in Magdeburg, kurz nachdem dort Nazis einen 16 jährigen Punk ermordet hatten.

Rudolf-Heß-Gedenkmärsche
(„Ein untoter Kriegsverbrecher", „Gedenken an einen Kriegsverbrecher")
Die JN organisieren auch die alljährlich im August stattfindenden sogenannten Rudolf-Heß Gedenkmärsche. Heß war Hitlers Stellvertreter und wurde in den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Die Tatsache, daß Heß diese Strafe bis zu seinem Selbstmord im Jahr 1987 in einem alliierten Gefängnis in Berlin-Spandau absaß, machte ihn für die Neonazi-Szene zum Märtyrer. Die Faschisten begannen bereits im Jahr seines Todes Märsche in Wunsiedel, wo Heß begraben wurde, durchzuführen. Aufgrund der zunehmenden Teilnehmerzahlen und der Pogrome in Rostock und Hoyerswerda, die auf die Märsche '91 und '92 gefolgt waren, bekam der Todestag von Rudolf Heß einen Symbolcharakter für die gewaltbereite rechte Szene. In den vergangen Jahren, nachdem die JN die Organisierung übernommen hatte, gelang es ihnen immer wieder, die Märsche trotz Verboten durchzuführen. Die Polizei war meist damit beschäftigt, Menschen zu verhaften, die die Ansammlungen der Ewiggestrigen nicht tatenlos hinnehmen wollten, wie etwa 1993 in Fulda. 1996 fanden gleich zwei Märsche statt, in Worms und in Magdeburg.

Aus der Mitte der Gesellschaft
(„Du bist nicht allein..."; „Der rassistische Normalzustand")
Täglich kann, wer will, die Nachrichten über brutale Überfälle der Nazis in den Zeitungen verfolgen (vorausgesetzt es handelt sich um einen klugen Kopf, der nicht hinter der falschen Zeitung steckt). Menschen werden, wie in Mahlow, zu Krüppeln geschlagen, anderen wird in der Nacht die Wohnung in Brand gesteckt wie jüngst in Dresden. Die Justiz versucht nicht selten aus den Opfern der Anschläge Täter zu machen, etwa im Fall des Libanesen Safwan Eid. Oft wird von staatlicher Seite den Nazis die Nachwuchsrekrutierung durch „akzeptierende Jugendarbeit" noch erleichtert, bei der den Rechten Räume und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bürgerliche Politiker machen aus ihren Sympathien für nazistisches Gedankengut keinen Hehl, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um die faschistische Wehrmacht zeigen. In den bürgerlichen Medien sind Nichtdeutsche meist lediglich als Mitglieder der Mafia oder Drogendealer wahrnehmbar, der Spiegel erklärte gar jüngst das Zusammenleben von Deutschen und „Ausländern" prinzipiell für gefährlich.
Grund genug also, sich recht einsam zu fühlen mit dem Zorn, der einem bei jedem weiteren Naziübergriff befällt. Doch ganz so hilflos ist mensch nicht. Jede/r kommt in Situationen, in denen mensch den Rassisten entschlossen entgegentreten kann, ohne ein furchtloser Held sein zu müssen: Nazi-Aufkleber abreißen, einschreiten, wenn Nichtdeutsche diskriminiert werden, durch kontinuierliche Aufdeckung rassistischer Lügen eine Gegenöffentlichkeit schaffen, Freundschaften mit Rassisten beenden und so weiter.

Den antifaschistischen Widerstand organisieren
(„Support your local Antifa")
Gesellschaftliche Relevanz aber werden Menschen, die gegen den Faschismus eingestellt sind, nur gewinnen, wenn sie sich zusammenschließen und gemeinsam handeln. Diejenigen, die noch an die Möglichkeit glauben, eine der Freiheit und Gleichheit verpflichtete Gesellschaftsordnung schaffen zu können, sind zwar zersplittert und sich teilweise untereinander nicht grün; dies ist jedoch kein Grund, sich vor der gemeinsamen Verantwortung zu drücken: Die Faschisten

dürfen nie wieder die Straßen kontrollieren und ihre wildgewordenen Untertanenphantasien zur Staatsräson machen. Bündnisse gegen die Neonazis sind unabdingbar. In Nürnberg wird das Antifaschistische Aktionsbündnis in diesem Sommer mit einem solchen Bündnis gegen die faschistische Organisierung in der Nürnberger Nordstadt vorgehen. Schon einmal, im Jahr 1994, konnte dieses Bündnis durch eine Kampagne die Schließung eines JN-Schulungszentrums in der Nordstadt erreichen. An diesen Erfolg gilt es anzuknüpfen.
Die Kampagne unter dem Motto „Den Antifaschistischen Widerstand organisieren - Schluß mit dem Naziterror" wird mit einer Aktionswoche vom 8.8. bis zum 16.8. beginnen.
Folgende Veranstaltungen sind geplant:

Datum	Zeit	Ort	Veranstaltung
29.7.	**19.30 Uhr**	Komm, Nbg.	**"Die Befreiung des KZ Flossenbürg. Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Nordbayern"** Film mit bisher unveröffentlichtem Bildmaterial der Alliierten und Vortrag (rote antifa nürnberg)
8.8.	**19.30 Uhr**	Komm, Nbg.	**"Fortführung der NS-Justiz in der BRD"** mit einem Vertreter der Opfer der NS-Militärjustiz
9.8.	**19.30Uhr**	Komm, Nbg.	**"Lübeck - Wie der deutsche Staat aus Opfern Täter macht"** mit einem Vertreter des Lübecker Bündnis gegen Rassismus
10.8.	**19.30 Uhr**	Kulturladen Nord, Nbg.	**"Das siebte Kreuz"** Film nach einem Roman von Anna Seghers über die gelungene Flucht aus einem KZ
11.8.	**19.30 Uhr**	Gewerkschaftshaus, Raum Burgblick	**"Die Vernichtung des Nazismus in seinen Wurzeln ist unsere Losung"** mit Emil Carlebach,Vizepräsident des Internationalen Lagerkomitees Buchenwald/Dora und Mitglied im Bundesvorstand der VVN/BdA
13.8.	**tagsüber**	Nordstadt	**Infostand**
	19.30 Uhr	Komm, Nbg.	**"Antifaschismus gestern und heute"** mit Peter Gingold, ehemaliger Widerstandskämpfer in der Résistance und Antifaschist
15.8.	**19.30 Uhr**	Intern. Kulturhaus Endterstr. 9, Nbg.	**"Knüppelgarden im Einsatz"** Filmdokumentation über Polizeigewalt in Zusammenarbeit mit Rote Hilfe e.V
16.8.	**15.00 Uhr**	Komm, Nbg.	**Antifa-Fest mit Konzert** (1. Mai 87, Edelweißpiraten...) Film über Chaos-Tage 1995
17.8.	**14.00 Uhr**	Lorenzkirche, Nbg.	**Demo: den antifaschistischen Widerstand organisieren-Schluß mit dem Naziterror!** anschließend Party im Komm mit Überraschungsfilm

ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS

Anlaufstelle: Donnerstag 18.00-20.00 Uhr
internationales Kulturhaus, Endterstr. 9 (Nähe Aufseßplatz), Nürnberg
Infotelefon - Fax: 0911 / 4 46 97 38

Hände weg von Isaac Velazco

Die Hamburger Innenbehörde hat gegen den dort lebenden Europasprecher der Bewegung Tupac Amaru (MRTA) ein politisches Betätigungsverbot verhängt. Nach dem formalen Prozedere kann sich Velazco vor Inkrafttreten noch dazu äußern. Die Frist läuft demnächst ab.

Schon Ende April hat Bundesinnenminister Kanther den Antrag auf Betätigungsverbot bei den Hamburger Behörden gestellt. Nach einer kurzen Prüfungsphase haben die sozialdemokratischen Behörden jetzt Schulterschluß mit dem CDU-Hardliner Kanther geübt.
Mit Isaac Velazco soll ein Mann mundtot gemacht werden, der jahrelang in der Linken seines Heimatlandes Peru aktiv war, u.a. in der Bewegung Tupac Amaru (MRTA). Während des Kampfes verlor er sein Augenlicht, wurde mehrmals verhaftet, gefoltert und mit dem Tode bedroht. Mit Hilfe von GenossInnen konnte er illegal aus Peru fliehen. Seit Anfang der 90er Jahre ist er in Hamburg als politischer Flüchtling anerkannt. Auch dort setzte er mit GenossInnen die politische Arbeit fort. Während führende Wirtschaftskreise bei Fujimoris Besuch im letzten Herbst die guten Beziehungen ausbauen wollten, organisierte Velazco mit GenossInnen Gegenaktionen. Er prangerte das Fujimori-Regime an, dessen politische Maxime Repression & Neoliberalismus heißt. Nachdem ein Kommando der MRTA im letzten Dezember die japanische Botschaft in Lima besetzt hatte, um im Umtausch mit den gefangen Gehaltenen die Freilassung von 400 politischen Gefangenen forderte, appellierte Velazco in Veranstaltungen in Interviews und in Debattenbeiträgen immer wieder an die demokratische Öffentlichkeit, durch Druck auf das peruanische Regime zu einer friedlichen Lösung der Botschaftsbesetzung beizutragen. Wie bekannt, war der Druck zu schwach. Fujimori ließ nach dem Sturm auf die Botschaft alle Mitglieder des MRTA-Kommandos liquidieren. Auch die Bonner Regierung äußerte sich sehr zufrieden über diesen Ausgang.

Mit der Mundtotmachung Isaac Velazcos stellen sich die Bonner und Hamburger Behörden auf Seiten der Fujimori-Diktatur. Das hat Tradition. Schon Fujimoris Vorgänger Alan Garcia ließ 1986 Hunderte revoltierende politische Gefangenen liquideren, während die Sozialistische Internationale unter Vorsitz des damaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Lima tagte. Auftstandsbekämpfungsstrategen aus Peru ließen sich 1990 im Knast Köln/Ossendorf über die Isolationsmaßnahmen gegen die Gefangenen informieren.
Als Anfang Juni eine Delegation der Angehörigen von politischen Gefangenen gemeinsam mit den Madres de Plaza de Mayo aus Argentinien an einer Rundreise durch die BRD teilnehmen wollten, verweigerte ihnen das Bonner Außenministerium die Einreise.
Wir erwarten von den Herrschenden auch nichts Anderes. Aber wir hoffen, daß es genügend Menschen Mittel und Wege finden werden, um Isaac Velazco Gehör zu verschaffen. Wir halten die Aktion von Schweizer InternationalistInnen in dieser Beziehung für beispielhaft. Als die Schweizer Behörden Velazco eine Rede auf der 1.Mai-Demonstration in Zürich verboten hatte, wurde ein vorher von ihm besprochenes Tonband mit seiner Rede verlesen, während er stumm mit verklebten Mund auf der Bühne den Zustand der Menschenrechte darstellte.
Laßt uns der den Aufstandsbekämpfungsstrategen die internationale Solidarität entgegensetzen!

Gruppe Venceremos c/O Kopierladen M99,
Öffentl. Treffen jeden Mittwoch ab 20 Uhr
Tommy-Weisbecker Haus

FEUER UND FLAMME DEN ABSCHIEBE BEHÖRDEN

das regierungspräsidium tübingen mit seiner bezirksstelle für asyl in reutlingen ist hier in der region für die abschiebung von flüchtlingen zuständig, denen ein aufenthaltsrecht verweigert wurde. ein wesentlicherpfeiler der rassistischen asylgesetze ist die menschenverachtende praxis dieser bezirksstellen. in nacht und nebelaktionen unter ausschluß der öffentlichkeit werden flüchtlinge aus den betten gerissen und mit gewalt abgeschoben. dabei werden familien getrennt und auch auf kinder wird keinerlei rücksicht genommen. bei flüchtlingen aus dem kosovo und aus algerien funktioniert die polizeiliche zusammenarbeit mit den dortigen sicherheitsbehörden inzwischen so reibungslos, daß diese flüchtlinge schon vor dem abflug in der brd an algerische bzw jugoslawische spezialbullen ausgeliefert werden. eine übergabe an die schergen des staates aus dem sie fliehen wollten, findet also schon hier statt und die letzte chance sich im flugzeug der abschiebung zu widersetzen, wird erstickt.

ALS UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE FLÜCHTLINGE IN IHREM KAMPF GEGEN DIE ABSCHIEBUNGEN HABEN WIR AM 14.JULI 1997 DEN FUHRPARK DES RP-TÜBINGEN ETWAS VERKLEINERT.

wir wenden uns auch ausdrücklich an die mitarbeiterInnen der bezirksstelle:
ihr seid henkersknechte !
hängt eure stelle an den nagel !
ist euch eurer arbeitsplatz im "öffentlichen dienst" wichtiger als eurer gewissen ?

zum schluß noch ein paar anmerkungen an die die uns wohlgesonnen sind:
unserer meinung nach wird die geschichte der militanten linken in der brd derzeit von teilen der linksradikalen szene auf eher akademische art und weise abgehandelt. wir finden die auseinandersetzung mit ehemaligen gefangenen aus der guerilla gut und wichtig. die berechtigte forderung nach kommunikation ist nun zumindest bei denjenigen durchgesetzt worden, die nach langen jahren der isolationsfolter endlich freigelassen werden mußten. die vermittlung ihrer erfahrungen aus dem leben in der illegalität und der aktiven teilnahme am bewaffneten kampf können durchaus für aktuelle auseinandersetzungen und entwicklungen von bedeutung sein. wir haben aber leider den eindruck, daß für einige die besuche von veranstaltungen mit ehemaligen gefangenen und die lektüre ihrer autobiographien konsumcharakter haben. die beschäftigung mit militanz wird damit auf theoretisch abstrakte weise geführt. der bewaffnete kampf als die schärfste form von militanter politik, hat und hatte eben mit den meisten nur indirekt etwas zu tun. wir gehen natürlich auch nicht davon aus, daß der bewaffnete kampf eine reelle politische handlungsperspektive in der metropole darstellt. wir sind jedoch davon überzeugt, daß andere formen von militanz politisch notwendig und sinnvoll sind. offenbar verschleyert der ehrfürchtige blick auf die guerilla die eigene realistische möglichkeit, unter den jeweiligen lebensumständen aktiv militant zu sein. alle politisch aktiven fortschrittlichen menschen haben die erfahrung gemacht, daß ihre legale politische arbeit gegenüber diesem gewalttätigen system sehr schnell an ihre grenze stößt. gerade im bereich der flüchtlingspolitik setzt der staat trotz diverser interventionen und proteste kirchlicher, humanistischer und politischer organisationen seine menschenverachtende politik rigoros durch. mit mehr selbstbestimmten aktionen, die trotz einigem streß auch eingutes gefühl hinterlassen, könnten wir für ein kräftiges knirschen in der abschiebemaschinerie sorgen !!!

WIR HABEN AM ABEND DES 8.JULI 1997 EIN KLEINES LOCH MIT GROSSER WIRKUNG IN DEN TIERGARTENTUNNEL GEBOHRT.

WIR HABEN DIE AGENDA 21 VON RIO IN DIE TAT UMGESETZT - WEITERE TATEN WERDEN FOLGEN.

WIR BRAUCHEN KEINE RUNDEN TISCHE.
NUR DIE HERRSCHENDE KLASSE WILL NACHHALTIGKEITS-LALLER.

SEID SUBVERSIV UND UNBERECHENBAR.

STILLEGUNG VON TIERGARTENTUNNEL, TRANSRAPID UND HERRSCHENDER KLASSE.

FREIFAHRT IN ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN STATT MILLIARDEN FÜR AUTO- UND TECHNIKWAHN.

DIREKTE AKTION STATT SYMBOLISCHER VERHANDLUNGEN.

.REVOLUTIONÄRE ÖKOLOGEN - DIE TUNNELGANGSTER

Sozialrevolutionär ins 21. Jahrhundert

Teil 1: Globalisierung - Realität oder Mythos?



Für eine linksradikale Politik mit sozialrevolutionärer Perspektive ist es erforderlich, sich auf gesellschaftliche Entwicklungen, Widersprüche und Kämpfe - kurz: auf das vielschichtige Terrain der sozialen Frage(n) - zu beziehen. Die derzeitige gesellschaftliche Marginalisierung und politische Bedeutungslosigkeit der Linken ist unserer Einschätzung nach **auch** Folge einer fehlenden Einschätzung sozialer und ökonomischer Umbrüche der letzten Jahre. Der Sozialstaat der siebziger und achtziger Jahre, dessen Nischen nicht zuletzt materielle Grundlage linksradikaler Lebens- und Politikformen in dieser Zeit waren, existiert so nicht mehr. Umgekehrt gibt es kaum noch politische und soziale Bewegungen, die mittels solcher Nischen und Zugeständnisse befriedet werden müßten. Das gesamte gesellschaftliche Kräfteverhältnis, dessen Einschätzung auch das Koordinatensystem radikaler politischer Praxis darstellte, hat sich offensichtlich grundlegend verändert. Es gibt von linksradikaler Seite kaum Versuche, diese Veränderungen zu begreifen und zur Grundlage einer dementsprechend erneuerten politischen Praxis zu machen. Bestenfalls werden unkritisch Analysen vom "Postfordimus" übernommen, die in der Regel im universitären Rahmen und nicht mit dem Ziel radikaler Gesellschaftskritik entstanden sind. Meistens werden die gesellschaftlichen Entwicklungen jedoch einfach ignoriert: Mensch kümmert sich fast nur noch um die Binnenstrukturen einer immer kleiner werdenden Szene. In maßgeblichen Auseinandersetzungen mit gesamtgesellschaftlicher Reichweite ist die radikale Linke nicht (mehr) präsent. Mit einem fundierten Verständnis der Gesellschaft, wie sie zur Zeit **ist** und wohin sie sich entwickelt, sind auch Vorstellungen und Ansprüche verlorengegangen, wie diese Gesellschaft einmal sein **soll** (falls beides je existierte). Die meisten interessiert eben nur noch das Stück Kuchen, nicht mehr die ganze Bäckerei. Wir möchten diesen Zustand gemeinsam mit möglichst vielen anderen verändern. Wir denken, daß dies zur Zeit nicht mittels eines überstürzten Aktionismus zu machen ist. Die 37. Gründung einer JobberInnen- oder Erwerbslosengruppe oder die Ausrufung einer neuen autonomen Kampagne würde im günstigsten Fall das mehr oder weniger erfolglose Schicksal ihrer Vorgängerinnen teilen, wenn wir uns zuvor nicht einige grundlegende Gedanken machen. Zu diesem Zweck haben wir uns eine Reihe von Themen vorgenommen, die wir diskutieren wollen. Die Ergebnisse dieser Diskussionen werden wir jeweils veröffentlichen. Das ganze soll nicht lediglich der geistigen Erbauung und Wissensvermehrung dienen, sondern auf eine fundierte und möglichst breit getragene **politische Praxis** hinauslaufen. In diesem ersten Papier haben wir zunächst einige Versuche von Linken, die sozioökonomischen Umbrüche als Folge von **Globalisierung** zu erklären, kritisch betrachtet und auf ihre Relevanz für eine revolutionäre Theorie und Praxis überprüft. Dabei stellen wir einen **vorläufigen** Diskussionsstand dar: Viele Sachverhalte sind uns auch nicht hundertprozentig klar, die meisten Thesen sind auch als Fragen zu lesen. Als weitere Themen haben wir uns vorgenommen: Die Veränderungen von Arbeitsmärkten und Sozialstaat in der BRD, Möglichkeiten und Grenzen aktueller sozialer Kämpfe, Geschichte linksradikaler Politik an "sozialen Fragen" seit 1968 in der BRD.

***

Das vermeintliche Zauberwort für die Beschreibung weltweiter sozialer und ökonomischer Umbrüche ist "Globalisierung", seltsamerweise gleichermaßen für PolitikerInnen aller Parteien, Unternehmer- und Gewerkschaftsfunktionäre, FeuilltonistInnen in Zeitungen von FAZ bis taz, konservative Wirtschaftswissenschaftlerinnen und linksliberale Politologen. Auch bei linken AnalytikerInnen dreht sich alles um die "Globalisierung", die als Phänomen vorausgesetzt und nicht weiter hinterfragt wird.

Für die Theoriebildung in der radikalen Linken gegenwärtig mit am einflußreichsten ist sicher das Buch des Frankfurter Politologen Joachim Hirsch, "Der nationale Wettbewerbsstaat" (erschienen 1995 im ID-Archiv). Hirsch, der sich in die Tradition der französischen Regulationsschule stellt, bemüht sich in seinem Buch um die Analyse einer "postfordistischen Akkumulationsstrategie". Diese besteht für ihn im Kern in einer "Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung". Technologische Innovationen (v.a. der Informations- und Kommunikationstechnologien) und

politische Entscheidungen (v.a. Liberalisierung und Deregulierung von Finanzmärkten) seit Mitte der siebziger Jahre hätten die Mobilität des Kapitals so umfassend erhöht, daß es Hirsch angemessen erscheint, von einer neuen Qualität der Internationalisierung zu sprechen. So könnten multinationale Unternehemn heute "flexibel und schnell Teile ihrer Unternehmen an die Orte der Welt verlagern, die sich von den Lohnkosten, den Arbeitskraftqualifikationen, den Umweltbedingungen, der staatlichen Gesetzgebung oder von den Marktverhältnissen her am jeweils günstigsten erweisen." Die im Fordismus über relativ hohe Löhne und Sozialleistungen gewährleistete Massenkaufkraft habe im Zuge der Internationalisierung und Exportorientierung ihre Funktion fürs Kapital als "Konjunkturpeitsche" zunehmend verloren, um statt dessen als "Kostenfaktor" zur Belastung im "internationalen Wettbewerb" zu werden.
Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf, die einen gut 600 Seiten schweren Wälzer zu den "Grenzen der Globalisierung" vorgelegt haben, argumentieren ähnlich wie Hirsch. Sie betonen jedoch besonders die Bedeutung entfesselter Finanzmärkte. Das Geld als global beweglichste Form des Kapitals fungiert als "harte Budgetrestriktion der wirklichen Ökonomie, d.h. es zwingt zur Akkumulation, zur Produktion von Profit, zum Wettbewerb und daher zur Produktivitätssteigerung [...]."
Die verbleibende Funktion des Nationalstaates im Postfordismus sieht Hirsch "in der alle soziale Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Ziel die Profitabilität von `Standorten´ für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist." Darin sieht er nicht - wie ihm oft vorgeworfen wurde - das "Ende des Nationalstaates". Im Gegenteil: Er konstatiert die zunehmende Bedeutung staatlicher Intervention, die jedoch in der Fixierung auf die "Standortfrage" starke soziale und regionale Polarisierungen zur Folge haben.

Als politische Konsequenz plädiert er für einen "radikalen Reformismus", der von einem Netzwerk außerhalb staatlicher Strukturen aktiver Bewegungen, Initiativen und Organisationen getragen werden soll. Hoffnungen setzt er hierbei auf international tätige "Nichtregierungsorganisationen" und Netzwerke von z.B. Menschenrechts-, Ökologie- oder Flüchtlingsgruppen, in denen politische Formen jenseits der nationalstaatlichen Beschränkungen angelegt seien. Auch Altvater/Mahnkopf sehen Netzwerke internationaler Nichtregierungsorganisationen oder gar die UNO als potentielle Bändigerinnen des global entfesselten Kapitals. Vorschläge wie Energie-, Transport- und Topinsteuern zur Entschleunigung der globalen Kapitalströme, Senkung der Lohnnebenkosten, Einführung einer steuerfinanzierten Grundsicherung u.ä. können bestenfalls als das laue Lüftchen eines rot-grünen Reformmodells betrachtet werden, taugen aber nichts für eine umwälzende, sprich: revolutionäre, Perspektive.

Ein zentrales Dilemma der Ansätze aus der Regulationstheorie, für die Hirsch hier exemplarisch genannt wird, ist eben ihr "Regulationsfetischismus". Da der analytische und theoriegemäße "Idealfall" für sie eine halbwegs funktionierende historische Form des gesellschaftlich regulierten Kapitalismus ist, geraten soziale Subjekte, die nicht in die "Regulationsweise" passen oder sie sogar zerstören, tendenziell aus dem Blick. So wird zum einen die Stabilität und innere Koheränz der jeweiligen "Regulationsweise" in der Regel überschätzt, innere Widersprüche, Grenzen und Brüche kaum zur Kenntnis genommen. Zum anderen werden meist nur (potentiell) regulierende Institutionen als emanzipatorische Subjekte begriffen, wie eben die UNO, der IWF oder etwa Greenpeace. Da solche Aussichten natürlich frustrieren müssen, kommt der "radikale Reformismus" (Hirsch) heraus, der zwar in einem regulierten Kapitalimus das kleinere Übel gegenüber seiner deregulierten Variante sieht, sich aber darüber hinaus nichts mehr vorstellen kann. Kurz: Die Regulationstheoretiker wollen den Kapitalismus bändigen - und ihn dabei auch vor den "selbstzerstörerischen Folgen der Globalisierung" schützen. Für die Überwindung des Kapitalismus gibt ihr theoretisches Repertoire leider wenig her.

Mit einem anderen Ziel gehen Karl-Heinz Roth und John Holloway an die Sache. Sie wollen erklärtermaßen nicht den Kapitalismus regulieren, sondern versuchen, eine "Vorstellung vom Sozialismus zu entwickeln" (Holloway) bzw. "Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert" auszuloten (Roth). K.-H. Roth hat in seinem 1993 verfaßten Referat/Thesenpapier "Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken" versucht, den **Toyotismus** als globales Verwertungs- und Vergesellschaftungsmodell des Postfordismus zu

beschreiben. Da sich Investionen seit Mitte der siebziger Jahre immer weniger rentiert hätten, versuche das globale Kapital seit Anfang der neunziger Jahre mittels einer Reorganisation der Produktion nach japanischem Vorbild die Verwertungsbedingungen zu verbessern: An der Spitze der Ausbeutungshierarchie stehen die Entwicklungs- und Fertigungszentren der Multis, die "höchstens 15-20%" der Lohnabhängigen "terroristisch-sozialpolitisch" in "Betriebsgemeinschaften" integieren. Der Großteil der Wertschöpfung wird in hierarchisch gegliederte Zulieferer-Ketten ausgelagert, in denen zunehmend schlechte und ungesicherte Arbeitsverhältnisse herrschen. Ganz unten verortet Roth die oft hochqualifizierten, aber völlig ungesichert arbeitenden "selbständigen Arbeiter", welche er quasi als neues zentrales Subjekt in der postfordistischen Klassenstruktur ansieht. Insgesamt führt diese Entwicklung - so Roth - zu einer massenhaften Wiederkehr proletarischer Lebenslagen auf sich global nivellierendem Niveau, von der auch die (metropolitane) Linke in großem Umfang betroffen sei.
Sowohl Roth als auch Holloway (hier in seinem Aufsatz "Globales Kapital und Nationalstaat") sehen diese Entwicklung wie auch Hirsch oder Altvater/Mahnkopf irgendwie als Folge von "Globalisierung", die die Rolle und Bedeutung des Nationalstaates drastisch verändert. Roth billigt ihm gerade noch zu, "territorial fixierte Teilfunktion des Weltkapitals" zu sein. Angesicht der "Mobilität der globalisierten Finanz-, Kredit- und Devisenmärkte" bleibe den räumlich immobilen Staaten nur die erbitterte gegenseitige Konkurrenz um die besten "komparativen Standortvorteile". Holloway beschreibt in ähnlicher Weise den Kampf zwischen Nationalstaaten als Kampf "um die Anziehung und/oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und somit eines Teils des globalen Mehrwerts) Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulierung von Arbeitskräften) sowie dem innerhalb seiner Grenzen agierenden Kapital internationale Unterstützung zu gewährleisten [...]." Trotzdem behauptet Holloway, es gebe keine "Globalisierung" oder "Internationalisierung" sondern nur "eine Veränderung in der Form der [immer schon] globalen Existenz des Kapitals. Der vordem relativ stabile Kapitalfluß wird zu einem schnellen Strom und dieser Strom schwemmt die Institutionen und Annahmen der Nachkriegswelt hinweg." Ausdruck dieser Veränderung ist für Holloway die "Flucht" des räumlich fixierten ("produktiven") Kapitals vor den seit den siebziger Jahren renitent gewordenen ArbeiterInnen in die beweglichere Geldform - "auf der Suche nach neuen Menschen, die es ausbeuten [kann]." Im Gegensatz zur verbreiteten Sichtweise von Globalisierung als strategisches Projekt eines übermächtigen Kapitals sieht der alte Operaist Holloway "in der rastlosen Bewegung des Kapitals den deutlichsten Hinweis auf die Macht der Aufsässigkeit der Arbeiter."

Entscheidender Unterschied in den Analysen von Roth/Holloway zu denen von Hirsch, Altvater/Mahnkopf u.a. scheint die Einschätzung des (Klassen-)Subjekts in der gegenwärtigen Entwicklung zu sein. So setzt Roth in dem politischen Vorschlag, den er unterbreitet, auch nicht auf NGO's, sondern aufs Proletariat. Angesichts der von ihm konstatierten "weltweiten Nivellierung der Klassenlagen" und der "globalen Zirkulation von Klassenkampferfahrungen" schlägt er den Aufbau eines weltweiten Informationsnetzes vor, um die "Erfahrungen des Widerstandes gegen Proletarisierung und Pauperisierung" zu verallgemeinern. Mit Hilfe lokaler und regionaler "Proletarischer Zirkel" sollen "Kerne einer erneuerten proletarischen Gegenkultur geschaffen werden", welche die gesellschaftliche Hegemonie des Standortdiskurses und der postfordistischen Ellenbogenmentalität durchbrechen können. Leider bleibt die "Klasse" sowohl bei Roth als auch bei Holloway gemessen an der ihr zugewiesenen Bedeutung doch sehr blass und unscharf. Holloway leitet ihre Aufsässigkeit nur indirekt aus der Verwertungskrise des Kapitals ab. Beispiele für diese Aufsässigkeit, Beschreibungen konkreter Kämpfe, ihrer Ziele und Auswirkungen gibt er nicht. Ebenso Roth: Sein Vorschlag, "proletarische Zirkel" ins Leben zu rufen, bleibt völlig abstrakt. Mit den offenkundigen Problemen, die einer praktischen Umsetzung dieses Vorschlags entgegenstehen, setzt er sich nicht auseinander (unseres Wissens nach ist es seit Veröffentlichung des Papiers auch noch nicht zur Gründung eines "Proletarischen Zirkels" gekommen.) So stehen der - von ihm behaupteten - Angleichung materieller proletarischer Lebenslagen nach unten vielfältig zersplitterte Lebensweisen und politisch-kulturelle Deutungsmuster entgegen, die einer übergreifende Kommunikation oder gar Organisierung im Wege stehen. Realexistierende rassistische und sexistische Widersprüche werden von ihm fast gar nicht berücksichtigt.

Trotz dieser offenkundigen Mängel unterscheiden sich diese Theorien v.a. in ihren politischen Schlußfolgerungen wohltuend von den rot-grünen Reformszenarien á la Hirsch und Altvater/Mahnkopf. Jedoch ist bei allen die "Globalisierung" bzw. die fast uneingeschränkte Beweglichkeit des Kapitals eine nicht hinterfragte oder empirisch zu beweisende Tatsache. An diesem Punkt setzt die zentrale Kritik von Thomas Ebermann und Rainer Trampert ("Die Offenbarung der Propheten", Konkret-Verlag 1996) an, die die "Globalisierung" als reinen Propagandatrick der Kapitalverbände betrachten, mit denen lediglich niedrigere soziale Standards durchgesetzt werden sollen. So könnten "selbst nach Aussagen des ehemaligen Industriechefs Tyll Necker ... etwa 90-95 Prozent des in Deutschland angesiedelten Kapitals nicht auswandern." Zudem betonen sie die Bindung des transnational operierenden Kapitals an einen Nationalstaat: "Ein wesentlicher Faktor für den globalen Erfolg ist die enge Verknüpfung der Wirtschaft mit der militärpolitischen und diplomatischen Potenz des Heimatstaates." Gegen die - von Hirsch, Roth oder Holloway nie so vertretene - These von der "Auflösung des Nationalstaates" stellen sie fest, daß überall auf der Welt "Ethnien, Sippen, Volkstänze" einen Aufschwung erleben.
So wichtig die polemische Infragestellung neulinker Mythen durch Trampert/Ebermann auch ist, schießen sie teilweise weit übers Ziel hinaus. So unterstellen sie den von ihnen Verissenen oft Behauptungen, welche diese nicht vertreten haben oder mißverstehen ihre Theorien schlichtweg. Glaubt man ihren Analysen, hat sich in den letzten zwanzig Jahren im Verhältnis von Kapital und Nationalstaat überhaupt nichts verändert.

Thesen und Fragen

1. Ohne Zweifel ist "Globalisierung" als gesellschaftlicher Diskurs, als Medienereignis real und uneingeschränkt hegemonial. Sie dient zur Begründung und Legitimierung von allerhand "Sachzwängen", von denen es angeblich abhängt, ob der vermeintlich schwer angeschlagene "Standort Deutschland" wieder fitgemacht werden und damit "unser aller Wohlstand gesichert" werden kann. Beinahe alle wichtigen sozialpolitischen Debatten werden von dieser Argumentation bestimmt: Lohnfortzahlung, Steuerreform, Gesundheitsreform, Ladenöffnungszeiten, Mindestlohngesetz für den Bau. Wenn "der Weltmarkt" oder "die Globalisierung" für Zumutungen verantwortlich gemacht werden können, rücken deren Ursachen damit in den Bereich von Naturgewalten, gegen die sich auch nicht kämpfen läßt. Kann mensch folglich an den Rahmenbedingungen nichts ändern, sollen wenigstens die persönlichen Nachteile in Grenzen gehalten werden. Das geht angeblich nur, wenn sich die "Deutschland GmbH" ihres "überflüssigen Ballasts" entledigt und gegen den Rest der Welt zusammenhält, um im "globalen Wettbewerb" zu bestehen. So blockiert die Wirkung des Globalisierungsdiskurses nicht nur soziale Kämpfe, sondern leistet nationalistischen und sozialdarwinistischen Tendenzen in der Gesellschaft Vorschub.

2. Es läßt sich - hat mensch keine millionenschweren Forschungsinstitute im Rücken - nicht exakt einschätzen, welche reale ökonomische Grundlage die Standorthysterie hat. Allerdings spricht viel für die Thesen von Trampert/Ebermann, daß das Kapital wesentlich ortsgebundener ist, als es selber erscheinen möchte. Hans-Jürgen Burchardt (Die Globalisierungsthese - von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus, in: Das Argument 5/6, 1996) stützt deren Ansicht mit einigen Zahlen. Er bestreitet, daß Globalisierung eine qualitativ neue Dimension besitze, da die weltwirtschaftliche Integration bereits 1913 viel größer war als heute. In den OECD-Staaten würden gegenwärtig fünf Sechstel der Produktion für die einheimischen Märkte hergestellt. Die behauptete "Globalisisierung" der Standorte - die sich quantitativ in ansteigenden ausländischen Direktinvestitionen ausdrücken müßte - beschränke sich bestenfalls auf die OECD-Länder, und auch dort mache sie in der Regel lediglich einen Anteil von 5-15% an den jeweiligen Gesamtinvestitionen aus. Er räumt lediglich so etwas wie Globalisierung für die Finanz- und Devisenmärkte ein. In der Tat gibt es in diesem quantitativ enorm gewachsenen Sektor praktisch keine zeit-räumlichen Beschränkungen mehr. Jedoch bleibt das "Dilemma", daß sich Kapital letztlich - abgesehen von spekulativen "Blasen", die jederzeit platzen können - nur in der Produktion, durch die Ausbeutung von lebendiger Arbeit vermehren kann und sich zu diesem Zweck immer wieder territorial binden muß. Ein Auseinanderhalten von (globalem) Finanzkapital

und (national fixiertem) "produktivem" Kapital ist in der Realität nicht möglich und leistet nur latent antisemitischen Verschwörungstheorien Vorschub: Im Wirklichkeit sind beide Bereiche in unlöslicher Weise miteinander verschmolzen und aufeinander angewiesen.

3. Für eine linksradikale Politik ist die Frage nach der empirischen Grundlage von Globalisierung aber nicht so entscheidend. Selbst wenn reale Globalisierung "uns" massive Kapitalflucht bescheren würde, wäre das eigentlich kein Grund zur Panik, da dies, optimistisch mit Holloway gedacht, ja auch Folge erfolgreicher sozialer Kämpfe sein könnte. Sollten wir etwa einer Automobilfabrik oder einer Textilklitsche, die ausgelagert oder dichtgemacht wird, hinterhertrauern? Würde der erfolgreiche Kampf gegen das Kapital nicht zwangsläufig in seiner Vertreibung, global: seiner Abschaffung, bestehen? Wir wollen auch keinen neuen Keynesianismus, der ein gezähmtes, nationalstaatlich orientiertes, "verantwortungsbewußtes" Kapital als Sozialpartner benötigen würde. Die Zwänge und Zumutungen des Keynesianismus in seiner korporatistisch-sozialstaatlichen Variante als "Modell Deutschland" haben wir in den 70er und 80er Jahren gehaßt und bekämpft. Letztlich dienten die „Errungenschaften" dieses Sozialstaates doch vor allem dazu, den „sozialen Frieden" zu sichern, wo er gefährdet schien, und den gesellschaftlichen Arbeitszwang gemäß den Erfordernissen der fordistischen Industrien aufrechtzuerhalten. Ein existenzsicherndes Niveau haben Rente oder Arbeitslosengeld lediglich für TrägerInnen der „Normalerwerbsbiographie" besessen, sprich: den in der Regel männlichen, verheirateten und mindestens 40 Jahre lang malochenden Facharbeiter bzw. seine Angehörigen. Wer diesem Muster nicht entsprach und sich auch nicht mittels kollektiver Strukturen gewisse Freiräume schaffen konnte, fiel den bekannten Formen der Ausgrenzung zum Opfer, die heute sehr viel größere Bevölkerungskreise betreffen.

4. Ein reales Problem für die radikale Linke (und nicht nur für diese) ist allerdings, das vor dem ideologischen Hintergrund der Globalisierungsdebatte weitreichende gesellschaftliche Umstrukturierungen durchgesetzt werden, die eine massive Umverteilung von unten nach oben, eine Verschärfung des allgemeinen Arbeitszwangs und eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen von ArbeiterInnen und BezieherInnen von Sozialgeldern zur Folge haben. Ausgangspunkt dieser Restrukturierung war die weltweite Krise der Kapitalverwertung Mitte der siebziger Jahre, als das fordistische Entwicklungsmodells überall mit massiven Einkommensforderungen und Arbeitsverweigerungen konfrontiert wurde und sich seine immanenten Produktivitätsreserven zunehmend erschöpften. Das - meist toyotistisch oder postfordistisch genannte - Verwertungsmodell, dessen Konturen sich in den letzten zwanzig Jahren in unterschiedlicher Ausprägung und Geschwindigkeit in den meisten Ländern zeigten, stellt ganz andere Anforderungen an Arbeitskräfte und (Sozial-)Staat. Der ehemals vorherrschende Typus des relativ gut bezahlten und sozial abgesicherten „Massenarbeiters" in den Großfabriken hat seine gesellschaftliche Bedeutung fast verloren. An die Stelle dieser relativ homogenen Figur tritt die von K.-H.. Roth beschriebene „Ausbeutungspyramide" mit ihren hierarchisch gestaffelten und vielfältig zersplitterten Arbeits- und Lebensbedingungen, die auf den Bedarf einer flexibilisierten, hochmechanisierten und räumlich zerlegten Produktionsorganisation zugeschnitten sind. Dementsprechend hat der Staat heute auch nicht mehr die sozialpolitische Funktion, eine relativ homogene, sozial abgesicherte und integrierte Arbeitskraft zu reproduzieren, sondern muß dem Bedarf des Kapitals an hochflexiblen, ungesicherten und auch schlechtbezahlten Arbeitskräften entsprechen. In der Regel zielen die ständigen Leistungskürzungen und die Verschärfungen der Kontrollen von LeistungsbezieherInnen neben dem vordergründigen Ziel der Einsparungen darauf ab, den Druck zur Arbeitsaufnahme ohne Bedingungen zu erhöhen. Die größer werdenden Teile der Bevölkerung, die auch auf diese Weise keiner „produktiven Verwendung" zugeführt werden können, sind bereits mit Formen der Ausgrenzung konfrontiert, die ihnen die physischen Existenzgrundlagen entziehen (z.B. Obdachlose, Flüchtlinge, Pflege"fälle"). Angesichts dieser Perspektiven für „durchs Raster Gefallene" und der Tatsache von real sechs Millionen Arbeitslosen kann der Globalisierungsdiskurs auch seine volle Wirkung entfalten. So reicht z.B. die Androhung einer Betriebsverlagerung oder -schließung in der Regel, um Belegschaften bzw. deren Betriebsräte zu weitreichendem Lohnverzicht, Flexibilisierung und freiwilliger Mehrarbeit zu bringen.

5. Angesichts dieser Entwicklungen - von denen „wir" als Linke ja auch betroffen sind - halten wir es für notwendig, auch unsere materiellen Lebensumstände zum Inhalt politischer Praxis zu

machen. Eine Chance, damit gesamtgesellschaftliche Veränderungen anzustoßen, besteht jedoch nicht, wenn wir unsere materiellen Probleme im Binnenrahmen der Szene zu lösen versuchen und uns damit bestenfalls neue Nischen schaffen. Im Gegenteil müssen wir (wieder) beginnen, in radikaler Form für eine menschenwürdige Existenz jenseits von Arbeits- und Verwertungszwängen zu kämpfen und maximalistische soziale Forderungen in die breite Öffentlichkeit zu tragen, mit ihnen in Ämtern, Betrieben und Stadtteilen präsent sein. Umgekehrt müssen wir soziale Kämpfe außerhalb der Scene zur Kenntnis nehmen, unterstützen und - wo möglich - mit unseren eigenen verbinden. Nur so lassen sich Lösungen für unsere alltäglichen (materiellen) Probleme finden, die nicht an exklusive Kontakte zu Arbeitskollektiven oder Wohnprojekten gekoppelt sind und in Zeiten politischer Schwäche wieder zur Disposition stehe. Zu diesem Zweck wird es notwendig sein, die konkreten sozialen Verhältnisse hierzulande zu untersuchen und die in ihnen enthaltenen Widersprüche und Widerstandspotentiale auszumachen.

6. Bei diesem Versuch müssen allerdings die ökonomistischen Verengungen durchbrochen werden, welche die meisten Globalisierungstheorien beherrschen. Das dominante soziale Verhältnis, das auch zur Meßlatte aller Emanzipationsprozesse gemacht wird, ist in der Regel das herkunfts- und geschlechtsneutrale Klassenverhältnis. Sexistische und rassistische Dimensionen sozialer Umstrukturierung bleiben ebenso ausgeblendet wie Befreiungsperspektiven, die sich nicht im Klassenkampf und der Überwindung des Kapitalverhältnisses auflösen lassen. In der Realität finden sich jedoch auf der untersten Stufe der Ausbeutungspyramide in der Regel (illegale) MigrantInnen, die ihrerseits wieder zu Opfern des Rassismus von sozial über ihnen stehenden „Modernisierungsverlierern" werden. (siehe z.B. die Bauarbeiterproteste in Berlin). Armut ist außerdem immer noch und mit zunehmenden Sozialkürzungen immer mehr weiblich. Frauen sind immer schon latent aus den auf den männlichen „Familienernährer" zugeschnittenen sozialstaatlichen Transferleistungen herausgefallen. Der Abbau von sozialen Dienstleistungen im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsbereich hat deren keineswegs geschlechtsneutrale „Reprivatisierung" zur Folge, d.h. vorher staatlich garantierte Reproduktionsarbeiten fallen wieder in den Bereich unbezahlter (Frauen-) Hausarbeit. Diese Entwicklung wird durch die Verdrängung von Frauen (vor allem aus der Ex-DDR) aus abgesicherter Lohnarbeit und eine weitgehende Beschränkung auf die entgarantierten, anstrengenden und schlechtbezahlten „neuen" Jobs v.a. im Dienstleistungssektor flankiert. Für ein politisches Projekt mit einem Anspruch auf umfassende soziale Befreiung ist es nötig, diese vielfältigen und sich überkreuzenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn dadurch vielleicht vorschnelle Hoffnungen auf eine Einheit von Kämpfen und Bewegungen aufgegeben werden müssen.

7. Soziale Kämpfe werden - wenn überhaupt - auch weiterhin im lokal/regional/nationalstaatlich begrenzten Rahmen stattfinden. Trotzdem wird es immer notwendiger, internationale Kontaktnetze aufzubauen, Informationen über Kämpfe in anderen Ländern zu verbreiten und international koordinierte Aktivitäten zu entwickeln. Zum einen können wir so von Kämpfen in anderen Ländern lernen. Die Massenstreiks in Frankreich im Herbst 95 oder in Südkorea in diesem Winter entzündeten sich an Konflikten, die hier prinzipiell auch bestehen, entwickelten aber in der Auseinandersetzung eine Dynamik, die hier kaum vorstellbar ist. Umgekehrt wiesen aber auch diese Kämpfe Beschränkungen auf und endeten schließlich in Kompromissen und reformistischer Befriedung, was in einer hierzulande stattfindenden Glorifizierung v.a. der militanten Formen meist unter den Tisch fällt. Durch internationalen Austausch und Unterstützung könnte versucht werden, eine Kultur des Kämpfens zu „importieren", gleichzeitig die Fehler und Beschränkungen von oftmals gewerkschaftlich oder parteilich kontrollierten Bewegungen zu erkennen und selber zu vermeiden. Vor allem aber wird muß auf diese Weise verhindert werden, das Bewegungen oder Belegschaften in verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt werden und Kämpfe nationale Borniertheiten entwickeln. Denn soziale Kämpfe, die sich darauf beschränken, lediglich einen „angemessenen Platz im Boot" einfordern, stärken einen nationalistischen Standortdiskurs stärken und reproduzieren rassistische Ausgrenzungsmechanismen .

Kontakt: Papiertiger
Cuvrystr. 25
10997 Berlin

A.E.G. / i.A (Autonome Erwerbslosengruppe / in Auflösung? Im Aufbau!)

MILITANT UND BEWAFFNET INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND !

MILITANT UND BEWAFFNET INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND !

MILITANT UND BEWAFFNET INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND !

... ODER VIELLEICHT DOCH NICHT ?

Auf tausend Kriege kommen keine zehn Revolutionen. So schwer ist der aufrechte Gang.

Ernst Bloch

Die Rote Armee Fraktion (RAF) erklärt Mitte Dezember 1996, „Das RAF-Konzept ist überholt.Das ist objektiv so.Dabei bleibt es also auch.(...).Es kann keine modifizierte Neuauflage des Alten geben."
Revolutionäre Zellen verabschiedeten sich, nicht erst seit dem über das Gerd Albertrus Papier entfachten Streit, von militanter Politik. Schon weitaus früher war eine in die Sackgasse verlaufende Politik ersichtlich.
Ist es wirklich so aussichtlos ?
Erscheint es nur uns, so, dass die Wut größer wird, während organisierte Gruppen die Auflösung erklären ?
Ist es nicht so, dass breite Teile der Bevölkerung nicht mehr dazu bereit sind, die hier geschaffene Realität zu akzeptieren, das die objektiven Verhältnisse auf der Kippe zu Veränderung stehen?
Fragt sich nur, wohin die Reise geht.
Vieles befindet sich in einem Prozess der Veränderung, dass bekommen wir täglich mit, Kämpfe in den sozialen Bereichen brechen auf, seien es die Kämpfe an den Schulen, Unis oder im produktiven Bereich.
Nur heißt dies nicht unbedingt, dass soziale Emanzipation freigelegt wird, wie Steine auf MigrantInnen am Bau erst kürzlich wieder deutlich gezeigt haben.
Das wollen wir mit unserem Papier, das wir als Fortsetzung unseres ersten begreifen, auch nicht sagen.
Nur das hier gerade auch unsere Chance liegt.
Schaffen wir es an der Schwelle ins nächste Jahrtausend, den aufbrechenden Kämpfen eine revolutionäre Richtung zu verleihen, oder ist es nur der erneute Anfang historischen Scheiterns ?
Und dann natürlich wie die Überschrtift schon besagt, die Frage, welche Rolle spielt hier militanter und bewaffneter Kampf.
In Folge des sich neuzusammenstzenden Wirtschaftsgefüge Europas, verrückt sich auch vieles im sozialen Zentrum, der hier lebenden Menschen.
Nicht nur, dass ein Großteil zur nicht mehr notwendigen Arbeitskraft wird, nein, auch die Entfremdung nimmt allmälich zu, die Verinnerlichung staatlicher Verhältnisse bekommt Brüche, was wiederum nicht heißen soll, das die Brüche damit zwangläufig emanzipatorisch sind.
Nur ist es objektiv ersichtlich, dass Ladendiebstahl zunimmt,
der Glaube an den Staat bergab geht und immer mehr Menschen die VerliererInnen eines Prozesses werden, an dem sie nie wirklich Teil hatten.



Dies zeigt sich auch an der immens hohen Prozentzahl von WahlboykottierInnen.
„(...)Aber glaubt denn irgendwer, daß in unseren Ländern, nach diesen Jahrhunderten der Zurichtung zum Objekt des Kapitals, jemand aufsteht und rebelliert für die Schaffung vernünftiger Verhältnisse im Weltmaßstab, nur weil man mit dem bißchen Geld nicht hin kommt ?
Wir gehen nicht davon aus.In unseren Ländern entsteht erst dann wieder eine revolutionäre Kraft, wenn es uns gelingt, Energien der Revolte gegen die Erniedrigung zum Objekt freizusetzen.Erst dann, wenn der Betrug den wir erfahren begriffen wird, daß uns nicht nur der Mehrwert aus unserer Arbeit gestohlen ist, sondern damit auch die Möglichkeit, aus diesen von uns geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum mehr zu machen, als die bloße Existenzsicherung: Die Möglichkeit Subjekt zu sein, die Perspektive Kommunismus.Diese Perspektive ist, auch wenn es uns fast niemand glaubt zum Greifen nahe.Aber genau das ist das Problem, daß die materiellen Voraussetzungen vorhanden sind, aber die produktivste Kraft nicht: Die sich von der bürgerlichen Ordnung und Moral, von der kapitalistischen Produktionsweise und Herrschaft emanzipierende Bewegung der Unterdrückten.Wir reden von der subjektiven Seite der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten.In diesem Widerspruch bewegt sich alles bei uns.(...)"
(Kein Friede; *Ausgrenzung ist nur ein anderes Wort für soziale Vernichtung*)
Real gesehen erscheint eine faschistische Massenmobilisierung wahrscheinlicher als eine revolutionäre.
Trotzalledem ist nicht entschieden, wohin die Entwicklung gehen wird.
Diese Schlacht muß noch geführt werden, und wir können nur siegen, wenn wir da sind, auch für die Menschen, mit denen wir so gar keine Gemeinsamkeiten besitzen.
Vieles liegt im Graben sozialer Abschottung verbuddelt und das nicht erst seit 1997 - aus ihm kann kollektiver Sprengstoff für eine klassenlose auf Räten aufgebaute Gesellschaft entstehen, aber es wird nicht einfach werden !

II. Die Frage der Organisierung

Vieles innerhalb der Gesellschaft verschiebt sich vertikal und horizontal. Alte Muster greifen nicht mehr.
Demnach ist eine Politik, die sich heute neu zusammensetzt auf Nimmernsland, sie muß alte Konzepte eingehenst analysieren, um das in ihnen liegende Verwertbare für die neue Situation zu übernehmen und verbinden, mit neu entwickelten Ansätzen.
Das gilt für „legale" Arbeit ebenso, wie für die „illegale", um mit diesen Kategorien gleich einmal zu Beginn aufzuhören, wollen wir unsere Überlegung darlegen:
Eine Politik für die Zukunft, will sie dem Europa des Reichtums, der wenigen Gewinner, der tausen VerlierInnen wirklich gefährlich werden, solch eine Politik braucht die Konspirativität und das von Beginn an. Deshalb glauben wir, das sich die Einteilung von „legal" „illegal" ganz anders stellt.



Es ist nunmal nicht das Gleiche, ob radikale Politik sich im Stadium völliger Durchkapitalisierung des gesamten Lebens entwickelt oder eben nicht. Wir wollen die Überwachung, in ihrer heutigen Ausprägung nicht überwerten, das ist nicht unsere Sache, können sie aber auch nicht ignorieren. Noch erschwerend ist die momentane Situation: Aus einer kleinen linksradikalen Szene bekommt der Staatschutz viele Entwicklungen mit.
Ist es notwendig ihm auch noch die Personen vor die Nase zu stellen ?
Ein konspirativer Rahmen bedeutet nicht Militanz oder bewaffneter Kampf. Es ist ein Raum, indem abseits staatlicher Überwachung Gedanken und Strategien für revolutionäre Politik gemacht werden können.
Wir hoffen dass die Worte und Inhalte wieder-gefährlicher werden als die Waffen.
In diese Diskussionen laufen die Vorstellung, wie in einem langwierigen Prozess der gesellschaftlichen Organisierung von unten, das Europa von oben zerschlagen werden kann und eine neue Gesellschaft aufgebaut.
Und da glauben wir, dass es etliche Möglichkeiten gibt, die es zusammenzubringen gilt.
Um dieser Vorstellung Plastizität zu verleihen:
Ihr seit ein neu gegründeter konspirativer Zusammenhang.
Einige von euch machen Antifa. Andere sind aktiv an der Uni, andere vielleicht an der Schule und wieder andere in der Produktion.

Ihr diskutiert die Konzepte revolutionärer Politik durch und tragt das zusammen, was ihr als sinnvoll für die jeweilig spezifische Situation erachtet. Solltet ihr Gemeinsamkeiten erarbeitet haben versucht ihr es umzuseten, jede und jeder in seinem Bereich. Trifft es auf Resonanz, so liegt iht richtig, zeigt sich das Gegenteil so liegt ihr falsch. Es geht um die permanente Weiterentwicklung von Konzepten, Stillstand ist der erste Schritt in die vielleicht falsche Richtung, muß es aber nicht zwangsläufig sein. In bestimmten Zeiten erweisen sich feste Konzepte über eine lange Dauer hinweg als die Richtigen.
Ihr versucht euch zu verankern, in eurem Stadteil, in der Uni, im Betrieb, an der Schule etc.
Niemand weiß von eurer Konspirativität. Langsam versucht ihr konspirative Zellen in diesen gesellschaftlichen Bereichen aufzubauen. Die Leute der unterschiedlichen Zellen kennen sich nicht. Die
erste Priorität hat rev. Politik. Verschiedene Einschätzungen sollten die Organisation ständig weiterbringen, ihr den Antrib für die Politik geben.
Ausgehend von einem solchen Geflechte analysiert ihr ...









... die Stimmung an der Basis, tragt zur Radikalisierung von Kämpfen bei und interveniert dort militant bzw. bewaffnet, wo der Rahmen des „legalen" Kampfs an seine Granzen stößt.
In jedem Fall kommt diese Politik aus dem gesellschaftlichen Prozeß und steht nicht stellvertretend für diesen.
RAF, RZ/Rote Zora, Bewegung 2.Juni, alles Gruppen die mehr oder minder für eine isolierte Politik standen, vergleicht man/frau es mit Ländern wie Italien oder Lateinamerikas.
Dort war und ist der militante/bewaffnete Kampf gekoppelt an dem Leben der Menschen..
Er entspringt aus der Fabrik, aus dem Dorf und hat so eine von vielen getragene Ausrichtung.
In den Herzen und Köpfen tausender lebt er weiter, bei Alten, Jungen und Kampfunfähigen.
Der Kampf entsprang „aus der Mitte" der unteren Gesselschaft und ist Teil des Ganzen.
Es ist nun einfach was anderes, wenn die ganze Fabrik hinter einer Entführung steht.
Bei uns waren es immer nur kleine Teile der radikalen Linken, mit denen ein revolutionärer Durchbruch nicht mal annähernd möglich war.
Und das war Ergebnis eines zu kurz greifenden Kampfes bzw. Konzeptes.

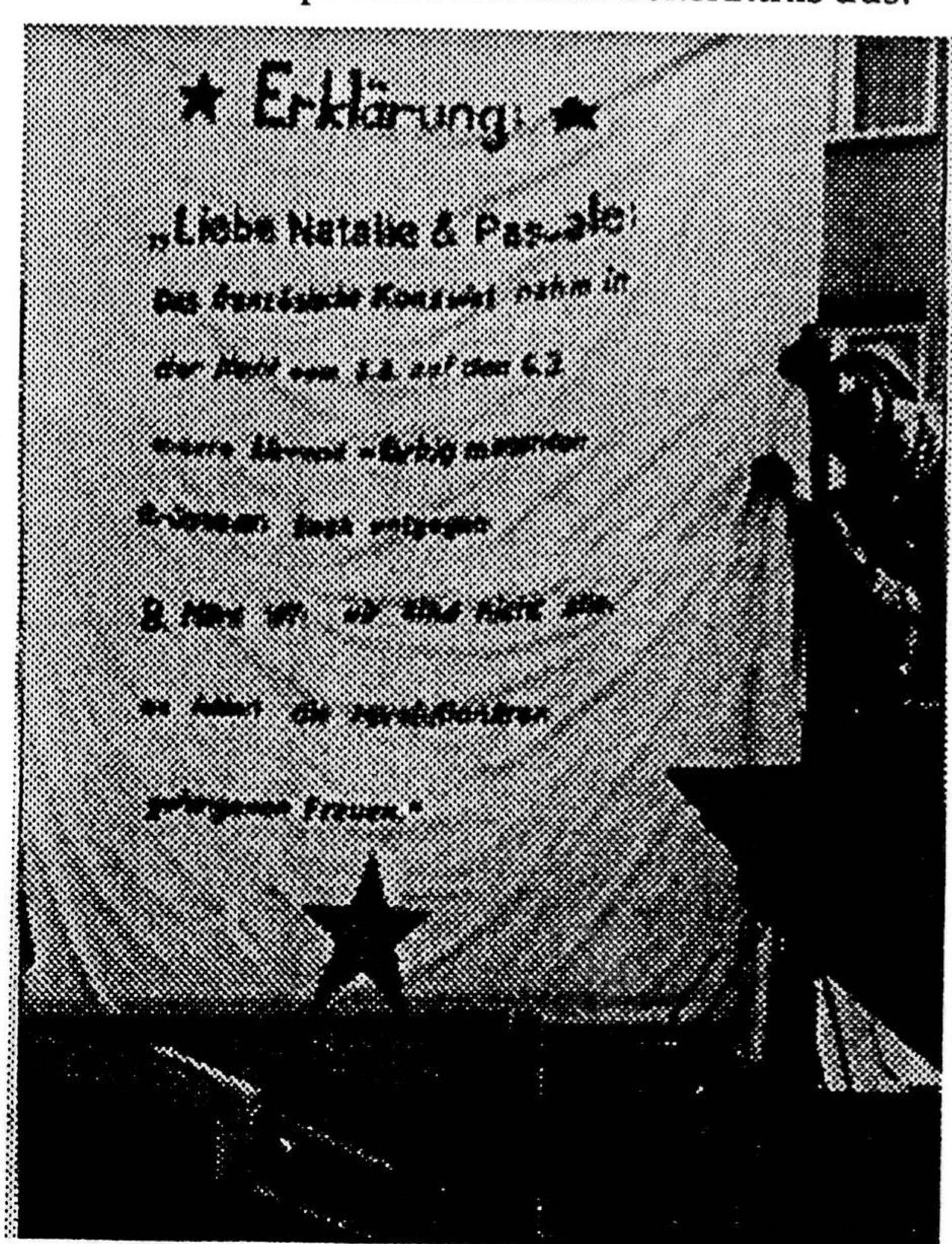
III.Wie, wann und wo wir uns organisieren ist eine politische Frage

In diesem Sinne finden wir es falsch „sozial-revolutionären Seperatismus" als Antwort auf nicht mehr stattfindene militante/bewaffnete Politik zu initiieren, wie es in dem Papier „zu birgit hogefeld", Interim 411, von einer militanten Gruppe vorgeschlagen wurde.
In dem Papier heißt es, „(...) Uns geht es zunächst um die Organisierung der Menschen und Gruppen, die an einem radikalemanzipatorischen Ansatz ausdrücklich Interesse bekunden bzw. bei denen wir jenes vermuten(...)".
Der Seperatismus ist nur die Ausgangsbasis für sich entwickelnde Kämpfe.
Dabei betonen die GenossInnen, „(...) uns schwebt kein isoliertes und auf sich selbst bezogenes subkulturelles Milieu vor, das sich abschottet und unzugänglich ist."
Nur ist unsere Frage, wie glaubt ihr denn das bewerkstelligen zu können ?
Ist es nicht der falsche Ansatz eine Ausgangsbasis zu schaffen, für all jene die bereit sind zu kämpfen, ohne dabei parallel dort Kämpfe zu initiieren, wo die Widersprüche radikal aufeinandertreffen ?
Kann es nicht der Fall sein, dass viele nicht die Möglichkeit haben an Orte des Widerstands zu gehen, dass sie abgeschreckt, von dem collen Gehabe vieler MitkämpferInnen sind?
Wir glauben, dass Rebellion etwas alltäglich, sich langsam entwickelndes ist. Und das Auflehnung, dort stattfinden sollte, wo eine neue Gesellschaft entsteht. Oder wer glaubt ihr, wird später einmal die Schulen selbstverwalteten, bestimmt, was produziert, und gemacht wird ?
Versteht uns nicht falsch, wir empfinden, die heftigen Abgrenzungen zwischen, den verschieden Gruppen auch beschissen, begrüßen eine Annäherung, wo auch immer sie stattfindet.
Strategien entwickeln sich im großen Rahmen, von wenigen gemacht bleiben sie unvollständig.
Aber wir glauben, dass dies im gesellschaftlichen Unten stattfinden sollte, ebenso wie in der Scene.
Arbeitet die Scene etwa nicht ? Geht sie nicht in die Schule oder auf die Uni ? Führt sie etwa ein Doppelleben, in der Freizeit die Revolution?
Wir glauben ein solcher Ansatz ist vielversprechender, gefärlicher und radikaler.
Wie nun militanter/bewaffneter Kampf entsteht sollte sich gar nicht mehr so stellen, wie früher, er ist abhängig, von der Entwicklung.
Wobei zu jederzeit militante Aktionen laufen können, aber mehr aus Übungszwecken und zweitrangig als Agitation. Die Ziele müssen aber sehr genau bestimmt werden.

Der konspirative Zusammenhang wird nach „getaner Arbeit" zu Koordinierungstelle.
Unser Bild davon ist, dass es viele Zellen an der Schule, im Betrieb, an der Uni, in den Stadtteilen gibt.
Sämtliche Zellen der verschieden Bereiche haben nochmals extra Treffen.Je ein/e Delegierte/r kommt im Prinzip der Rotation zum klandestinen Schul-,Uni-, oder Arbeitstreffen.Dort werden die Zellenentschlüsse durchdiskutiert und an die jeweilige Situation angepaßt.
In dem anfänglichen Zusammenhang dürften verschiedene...

... Bereiche vetreten sein.
Hier trifft sich ein Abgesandter des klandestinen Schultreffens mit einer Abgesanten des Arbeits- und Unitreffens.
Damit wird ermöglicht, das gemeinsames Verhalten umsetzbar ist.
In der gemeinsamen Aktion liegt die Stärke, streikende SchülerInnen unterstützen antirassistische Kämpfe mit ArbeiterInnen im Betrieb etc.
Es gibt hier die verschiedensten Möglichkeiten.
Wir verstehen einen solchen Zellenaufbau als anzustrebendes Projekt für die Zukunft. Das heißt für uns nicht die Zeit bis dahin untätig rumzusitzen.
Wir sind die letzten die Däumchen drehen, wenn z.B. die Botschaft in Peru gestürmt wird. Der konspirative Zusammenhang kann zu solchen Anlässen loslegen. Auch in der Phase entwickelter gesellschaftlicher Kämpfe können Aktionen mit hohen Symbolwert umgesetzt werden. Wir denken dabei an Sprengung von Knästen, wie die RAF es 93 machte und das K.O.M.I.T.E.E. es im Frühjahr 95 versuchte.
Im allgemeinen aber geht es um radikale politische Ansätze in den verschiedenen Bereichen, wobei, um das hier noch hinzuzufügen Antifa und Anti-AKW auch eine Rolle spielt.
Revolutionäre Politik, entfaltet sie eine Sprache, die viele verstehen, die viele überzeugt, wird das Ganze sein, Militanz die Nebensache.
Die Uhr steht auf 5 vor 12.

Unser Anliegen ist es, auf der Grundlage dieser Gesellschaft, so beschissen sie nun auch mal sein mag, zu kämpfen.
Dort wo Widerstand aufbricht, siehts meist gar nicht mehr so schwarz aus.Und es kommt hinzu, dass solche, aus den sozialen Prozessen entsprungene Kämpfe, wirkliche Perspektive besitzen.
Sie finden statt mit Leuten aus dem Alltag, spinnen ihr Netz, um die Situation, in der sie sich befinden, um sie neu zu schaffen..
Sitzen in eurem konspirativen Zusammenhang z.B. Leute in der Schule und exestiert ein schulweite Vernetzung, geht die Arbeit, der Kampf, um die Herzen und Köpfe los. Indem Zusammenhänge plausibel dargestellt werden finden sich überall vertrauensvolle GenossInnen.Mit ihnen wird die Zelle aufgebaut.Aus ihnen entspringen die Impulse für radikale Kämpfe. Über die Zelle hinaus wird es legale Zusammenhänge geben. Es ist ratsam, dass hier zumindest eine Person sitzt. Diese Person kann Stimmungen aufgreifen, sie an anderen Schulen, in denen auch Zellen entstanden sind vermitteln. Gibt es jetzt einen Streik und bestraft ein Direktor SchülerInnen wegen ihrer Teilnahme, so können die Zellen koordiniert loslegen, halten sie es für angebracht. Wann der Zeitpunkt da ist müßen alle entscheiden und genau abschätzen. Es muß darum gehen, dass die Militanz, nur noch eine Hilfe wird, den gesamten Prozess voranzubringen.und nicht mehr. Scheint es so, dass viel Sympathie da ist, kann Direktors Auto brennen.
Um einer solchen Aktion kollektive Basis zu verleihen hängen z.B. am nächsten Tag an vielen Schulen Transparente mit dem Bekenntnis aus.



(Bekenerinnenbrief auf einem Transparent an der 8.März-Demo in Zürich/1997)

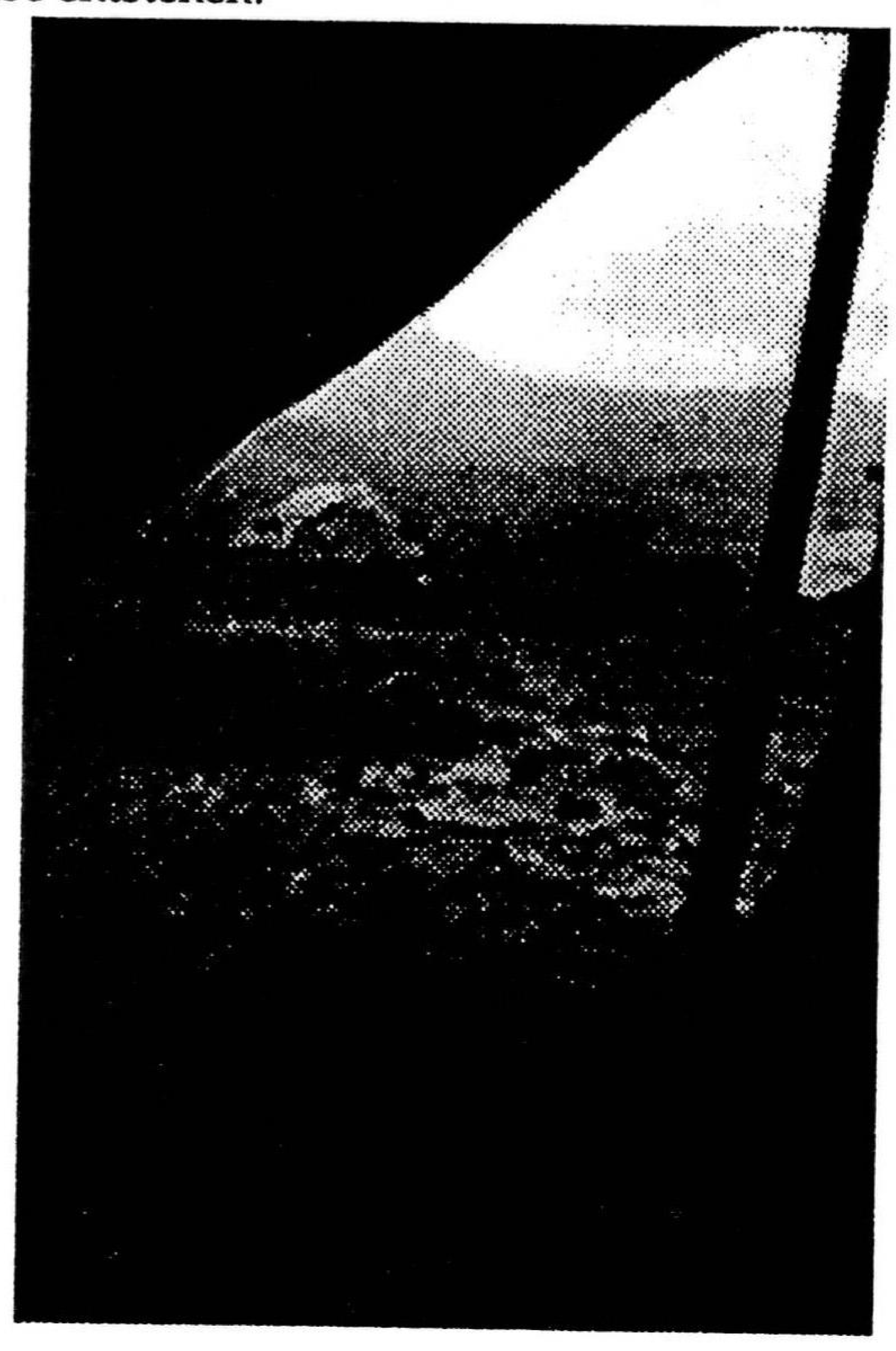
Dieses Beispiel ist übertragbar.Im Prinzip ist die Aufgabe revolutionäre Kämpfe da zu entwikkeln, wo die Widersprüche exestieren.
Die bewaffneten/militanten Kämpfe sollten von dort ausgelöst und auch dort verankert sein.
Es geht im Sinne um eine Demokratisierung bewaffneten Widerstands.



Kommt es nur uns so vor, dass militantes Auftreten zum Ausdruck verlorengegangener gesellschaftlicher Kämpfe geworden ist ?
Wenn schon die Spießer nicht mitziehen, so sollen sie uns zumindest nicht überhören.Ist es nicht die Sackgasse militanter Politik, wenn Radikalität zum Ersatz für die eigene Niederlage wird.
Befriedigung des eigenen Gewissens, anstatt Kampf um radikale Veränderung.
Der Molovcocktail mit höchster Flamme liegt nicht im ersten Wurf.
Wirft mensch in aber aus vielen Händen, so vermag sein Brand lange zu verweilen.
Wenn wir über bewaffneten/militanten Kampf reden, dann reden wir meist nicht über seine ständige Existenz.Für uns beginnt er dort, wo der Brandsatz zündet, die Pistole abgedrückt wird.
Ist es aber nicht so, dass der bewaffnete Kampf schon weitaus früher da war?
Als Kampf gegen uns alle.Atomkraftwerke, auf uns gerichtete Waffen sind. Hunderte von SchülerInnen sich jedes Jahr umbringen. Frauen vergewaltigt werden.Zehntausende tot auf den Strassen liegen bleiben, nur damit das Tempo eingehalten wird.War es nicht schon immer so, dass Tote in dieser Anzahl immer nur auf unserer Seite zu beklagen sind.
Demnach müßen wir das traurige Resumee ziehen:
Wir haben viel zu spät begonnen bewaffnet zu kämpfen !
Und dann kam der bewaffnete/militante Kampf. Er konnte aber nicht Ausdruck von den sozialen Unten sein und verlor so seine Wirkung.
Deshalb ist es heute möglich diese Fehler auszugleichen.

IV. Dem Europa der sozialen Vernichtung unsere Kämpfe für vollständige Umgestaltung entgegenwerfen

Das Europa, wie wir es im nächsten Jahrtausend erleben , kennt keinen Raum mehr. Nicht für uns, und schon gar nicht für MigrantInnen anderer Länder.
Sie sind überflüssig und das in fast jedem Land, Unterschiede bestehen, aber die Grundstruktur bleibt die selbe.
Deshalb ist es auch so wichtig, internationalistische Politik zu machen, den Standort Deutschland seinen nationalistischen Gehalt zu entreißen.Ein gemeinsames Unten aufzubauen, militant und bewaffnet, in ganz Europa..
Beginnen tun wir ganz Unten, ganz klein, um langsam den Prozeß voranzutreiben.
Schrittweise vernetzen sich die sozialen Kämpfe städteweit, länderweit bis hin zur bundes- und dann europaweiten Vernetzung.
Dabei ist es wichtig, verschiedene Kämpfe zusammenzubringen, so daß beispielsweise beim Einmarsch türkischer Soldaten in den Irak, reagiert werden kann. Streiks in den Schulen, Betrieben und Unis. Militante Kämpfe in ganz Europa.
Aber der Grundsatz bleibt, die Revolution dort zu machen, wo mensch lebt, das hilft den Befreiungskämpfen an anderen Orten viel mehr.
Wir begrüßen es, wenn Euromärsche zum EU-Gipfel aufbrechen, müßen dem aber hinzufügen, dass wir uns nicht mehr erwarten als eine Annäherung.
Aus diesem kann und wird keine neue Kampfphase entstehen.



Diese müssen wir uns schon selbst aufbauen.
Bei Politik die in die Herzen und Köpfe der Menschen geht, in der sie selbst Subjekt werden, stellt sich auch die Frage von „Militanz ja oder nein" ganz anders.
Alle, die eine wirkliche Veränderung wollen, die überzeugt sind von den Zielen, werden die Notwendigkeit erkennen
Sie ist nur noch Ergebniss eines gemeinsam entwickelten Kampfes gegen das Europa der Verelendung.
Eine uns aufgezwungene Angelegenheit. Es ist die Macht (patriachale und kapitalistische), die nie anders sprechen konnte, wir verteidigen uns lediglich selbst. Und greifen an für eine neue, eine befreite Welt.
Auch müssen wir uns nicht mehr rechtfertigen, kommen die Aktionen, von den Menschen selbst.
Illegale Radiosender, die eine Stadtteilzelle verbindet, mit zuvor gemachten Aktionen, schaffen Vermittlung, um noch breitere Wirkung zu entfalten kann.
Genauso sind es die alltäglichen Strukturen. Sie verbreiten Diskussionen, drucken sie ab in einer Betriebszeitung oder vermitteln sie weiter durch die Uni-Sprechanlage.
Eine Vielzahl von Möglichkeiten steht bereit genutzt zu werden.
Unserer Meinung nach ist es nicht sinnvoll eine Guerilla aufzubauen, sondern viele.
Auch glauben wir, dass diese Teil sein müssen, eines noch zu schaffendem Projekts. Isoliert können sie keine Gefahr darstellen und erscheinen auch als zu kurz greifend, wie die Vergangenheit gezeigt hat.
Ist eine revolutionäre Politik, wie wir sie anstreben, weit fortgeschritten können z.B. „Volksbefragungen"(dort wo Kämpfe verasnkert sind) initiiert werden, ob eine Zelle militant oder bewaffnet loslegen soll. Ähnlich wie es die EZLN in Chiapas macht, wird Guerrila damit Teil eines revolutionären Untens.
Das meinten wir mit Demokratisierung bewaffneten Kamps.Sollte so etwas wirklich in breiten Kreisen umgesetzt werden sind alle Guerrila, dem Gegner wird die Konfrontation an allen Stellen seines Lebens treffen.

V. Zum Abschluß

Dieser Text ist eine Zwischenbilanz.Die Diskussionen unter uns sind noch lange nicht ausgereift, werden sie auch wirklich erst sein, wenn viele sich äußern, vor allem dort, wo die Widersprüche, so unerträglich aufeinanderknallen Auch fehlt die Thematisierung der Patriachatsdiskussion und des antirassistischen Standpunkts. Die Zukunft wird hoffentlich Ausgleich schaffen.

Juni 1997

Kampagne Nie wieder!

Die Verantwortung der Konzerne und Banken für Krieg und Naziverbrechen.
IG FARBEN sofort auflösen - ZwangsarbeiterInnen endlich entschädigen!

Nie wieder! • c/o Axel Köhler-Schnura • Postfach 15 04 18 • 40081 Düsseldorf

Es schreibt:
Axel Köhler-Schnura

Fon 0211 - 33 39 11
Fax 0211 - 33 39 40

8. Juli 1997

Liebe Freundinnen
und Freunde!

Wichtige Kampagnen-Info/<u>bitte den Aufruf unterschreiben</u>**/Termine beachten**

Am 22. August 1997 findet im Arabella Congress Hotel, Lyoner Str. 44 -48, 60528 Frankfurt ab 8.30 Uhr die Hauptversammlung der IG FARBEN statt.

Nachdem es in den Vorjahren bereits zu heftigen Protesten kam, sollten wir dieses Jahr noch stärker deutlich machen, daß wir diese unerträgliche Versammlung nicht wollen.

Wir brauchen dringend Deine und Eure Hilfe, <u>die Zeit drängt</u>:

* Veröffentlicht die folgenden Infos und den Aufruf bei Euch, mobilisiert zu den Aktionen! Der Aufruf und alle Infos können per eMail abgefordert werden bei Philipp Mimkes, Fon 0211 - 33 39 11, **eMail** Co_gegen_BAYER@Nadeshda.gun.de
* Stellt die Infos und den Aufruf auch in alle zur Verfügung stehenden Netze, Infobretter, Infodienste, Telefonketten, Zusammenhänge etc.
* Es gibt folgende Möglichkeiten sich an den Aktionen zu beteiligen:
  Unterzeichnung des Aufrufs von möglichst vielen Organisationen, Komitees und Einzelpersonen (bisher liegen ca. 300 Unterzeichnungen vor)
  Senden von Fax-Protesten an das Arabella Congress Hotel: 069 - 66 33 666.
  Senden von Protesten an die Stadt Frankfurt, die Parteien und die Fraktionen.
  Teilnahme an den Protestaktionen am 22. August vor dem Arabella Congress Hotel.
  Teilnahme als Kritische AktionärInnen an den Protestaktionen am 22. August auf der Hauptversammlung der IG FARBEN im Arabella Congress Hotel.

Wir rufen die antifaschistische, antiimperialistische Weltjugend zum gemeinsamen Widerstand auf!

GNEISENAUSTR. 67 44147 DORTMUND
TEL: 00 49 - 02 31 - 88 16 22/FAX: 00 49 - 02 31 - 88 14 24

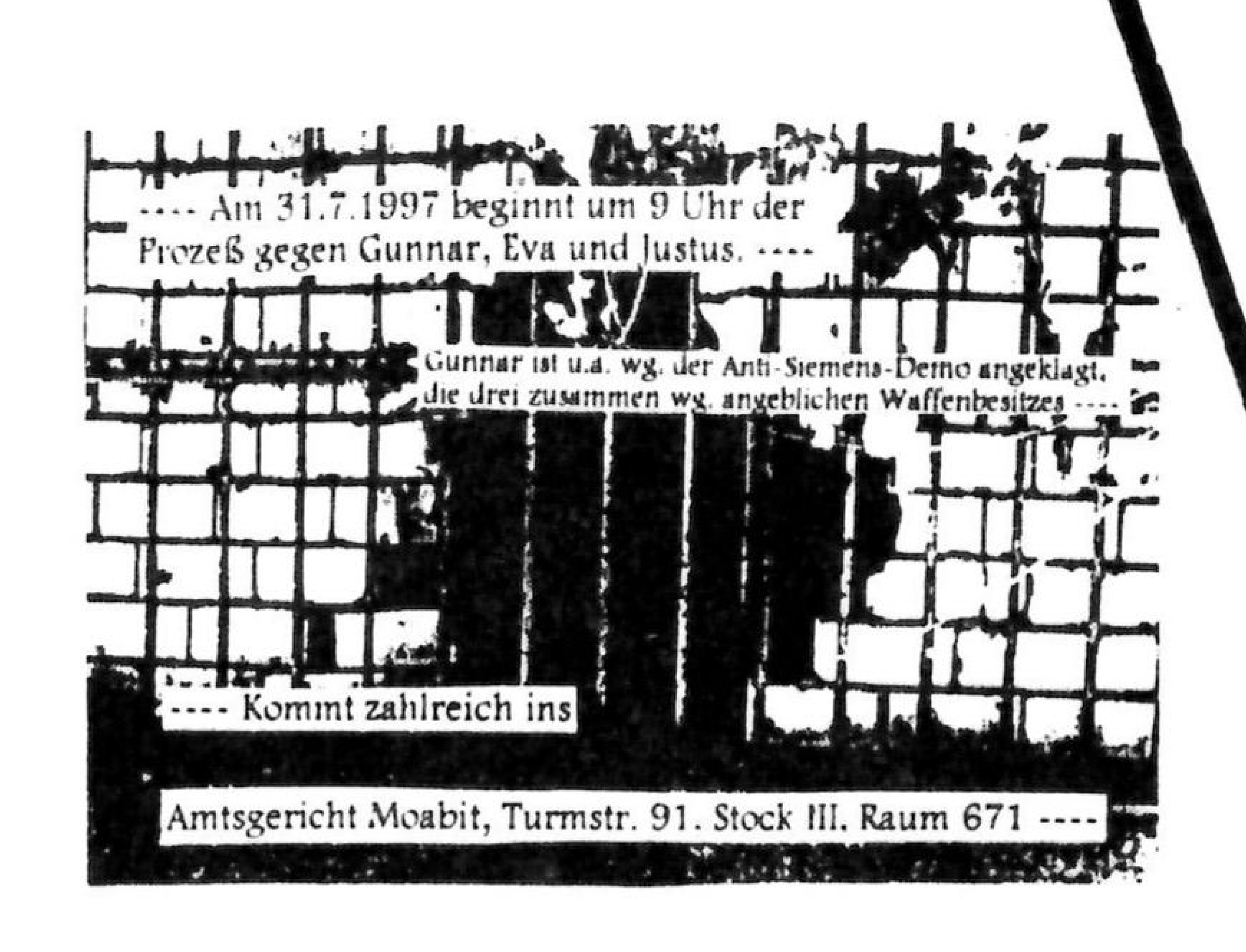
Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!

Fr. 1.8. Infotiosch am Laimer Bhf ab 15.30 bis 19.30Uhr
Sa. 2.8. Infotisch am Straßenfest in der Breisacherstr. (Ostbahnhof) ab 14.00-19.30Uhr
Fr. 8.8. Informationsveranstaltung zum Rudolf-Heß-Gedendmarsch der Nazis. Anschließend Konzert mit Daybreak, Selbsthilfegruppe..., ab 18.00 Uhr in der Glockenbachwerkstatt in der Blumenstr. 7
Di. 12.8. Übermalen von Nazischmierereien. Infos beim Antifa-Telefon jeden Sonntag od. an den Infotischen.
Do. 14.8. Infotisch am Sendlinger Tor ab 15.30 bis 19.30
Sa. 16.8. Demo „Kampf den JN" anläßlich der bundesweiten Aktionstage gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch
Beginn: 12.30 Marienplatz/Fischbrunnen
Abschluß: 14.00 NPD/JN Zentrale i.d. Holzstr.

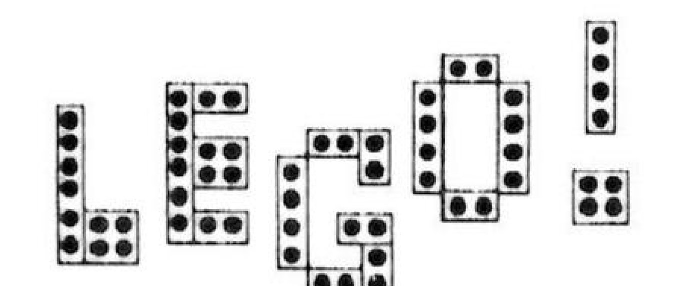


1. August um 19 Uhr im Infoladen Omega, Sparrstr. 21 (U-Bhf. Wedding o. Leopoldplatz): Veranstaltung der Irland-Gruppe im Infoladen in Zusammenarbeit mit dem Irland-Archiv im Papiertieger -
Zur aktuellen Situation in Irland (neuer IRA-Waffenstillstand am 21.7.97), dazu Videofilme, u.a. " Off our knees" mit Bernadette McAliskey und Diskussion.

5. August um 20 Uhr im Kato (U-Bhf Schlesisches Tor)
Treffen wegen der Vergewaltigung im Wendland



Ungewöhnliche Anzeichen von Bewegung? In Spanien? Im Juli 1997? Was für eine Bewegung? grave danger?
Durito berichtet vom II. intergalaktischen Treffen und diskutiert mit seinen Gästen dessen subversiven CW-Wert. Bei...



10. August.1997 - 18.00 en punto - Yorck 59

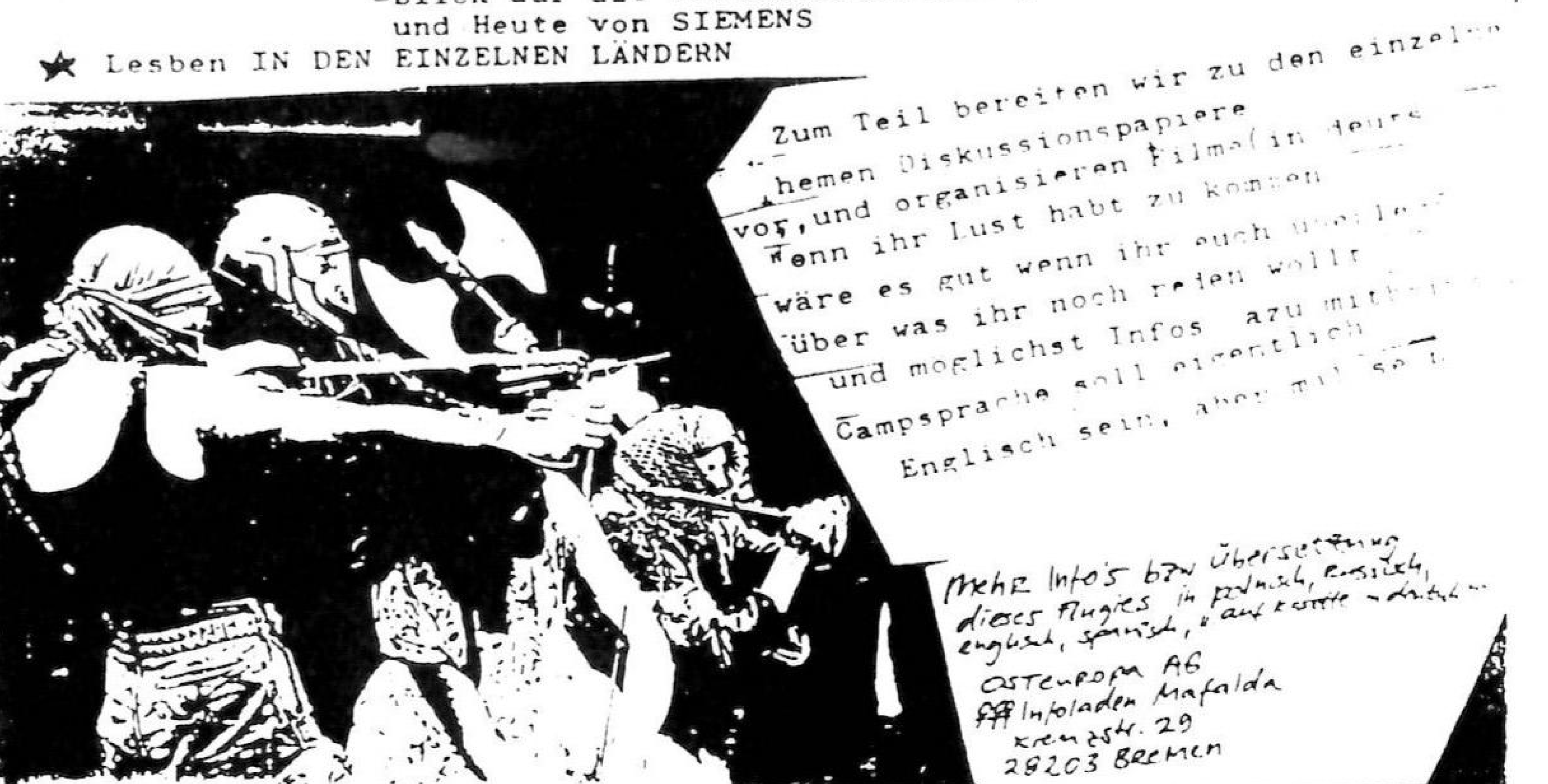
Brothers and Sisters,

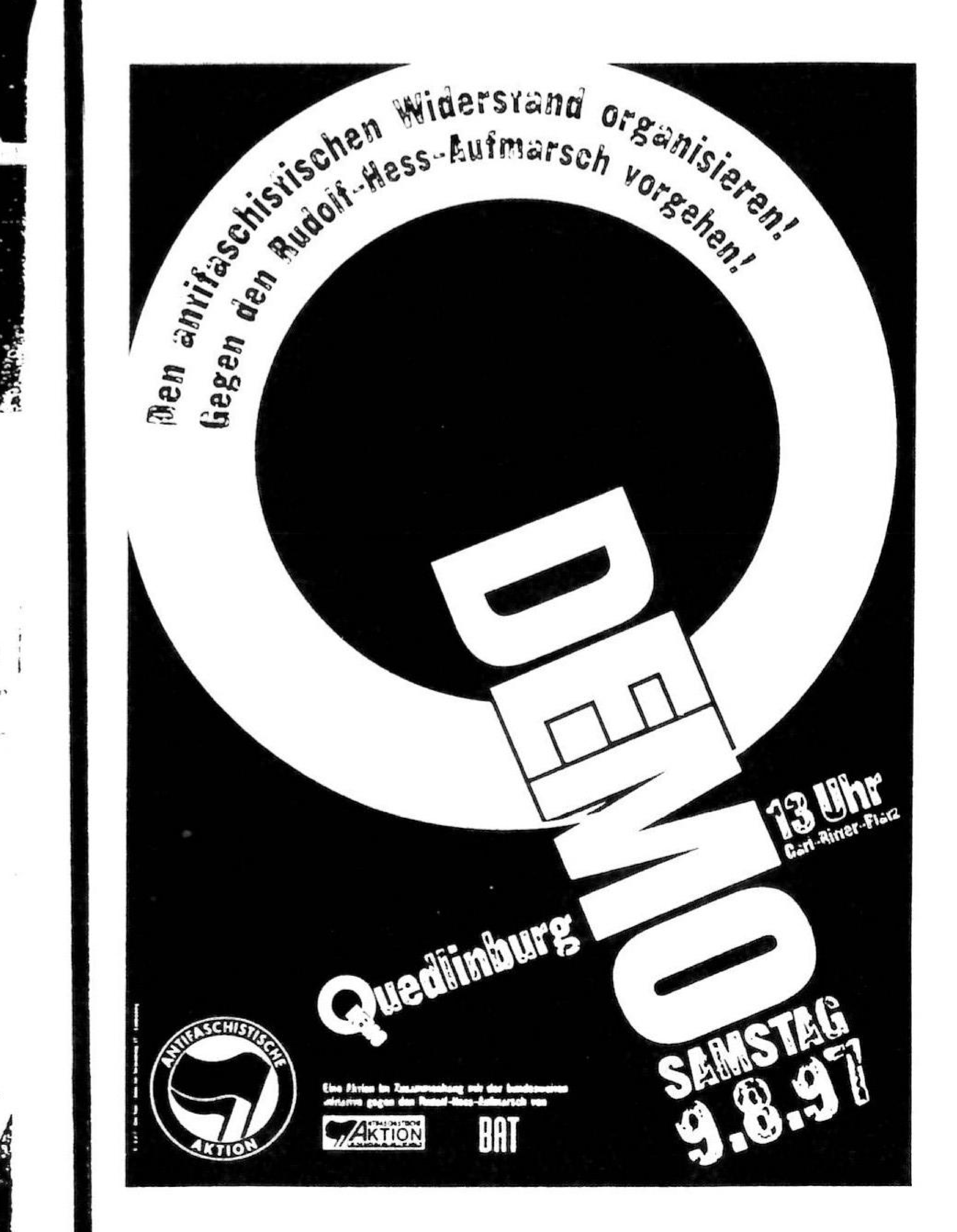
I write you to warn you of a grave ganger that looms over the inhabitants of the planet. Our modern, intergalactic, military intelligence services (which like everything military has in fact very little to do with intelligence) have detected unusual signs of movement in the territory some call the "Spanish State", more particulary under the skies of Madrid, Catalunya, Aragon and Andalusia...

Via E-Mail from the mountains of South East Mexico



BERICHTE ZUR SITUATION DER FRAUEN/LESBEN IN DEN EINZELNEN LÄNDERN
VERGLEICH ZWISCHEN DEUTSCHEM FASCHISMUS UND DER STALINZEIT IN DER SU
-Welche Gründe gabs für Verhaftung?
-wie war die Situation in Straflagern bzw Zuchthäusern
-wie lebten Frauen im Widerstand?
DEUTSCHE ABSCHIEBEPOLITIK UND FLÜCHTLINGSHANDEL MIT OSTEUROPA
SIEMENS' EIN MULTINATIONALER KONZERN GOES EAST
-Blick auf die Wirtschaftsstratigie in der Vergangenheit und Heute von SIEMENS
Lesben IN DEN EINZELNEN LÄNDERN





INTERIM

Presseball

DAME

HERR

Großer Maskenball

ab 22 Uhr
Entertainment
und
Disko

Walzer, Hip-Hop, Ska, Crossover, Punk

Samstag
26. Juli

SO36

Oranienstr. 190



... nix wie hin !!!